

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 Pf. (davon 57 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im Voraus zahlbar. Postbezug 5,87 Pf. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbeleggebühren. Auslandsendungen 6,65 Pf. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 4,65 Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Sonntagsausgabe „Welt und Zeit“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhof (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, B. u. D. Ver.-Ges., Depositenk., Jernalemer Str. 65-66.

Die Redaktion, Wilhelmstraße 30 Pf. (Kleinvertrieb 2- Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (außer bei werblich gedruckten Worten jedes weitere Wort 10 Pf. Subst. u. Zeitl. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Kleinanzeigen: 20 Pf. Familienanzeigen: 10 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstraße 3, montags bis 11 Uhr bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Willfür in Braunschweig.

Redeverbot gegen Kuttner. — Vorzensur über Mai-Reden.

Braunschweig, 29. April. (Eigenbericht.)

Wie bereits mitgeteilt, hat Minister Klagges in Braunschweig alle Mäßeisen unter freiem Himmel verboten. Die Braunschweiger Parteigenossen hatten daraufhin zwei geschlossene Kundgebungen nach dem „Hörsüger“ und dem „Konzerthaus“ einberufen. Als Redner waren der braunschweigische Landtagsabgeordnete Thielemann und der preussische Landtagsabgeordnete Kuttner vorgeseh.

Am Freitagnachmittag wurde vom Polizeipräsident Braunschweig unserer Parteiteilung mitgeteilt, daß die Versammlungen nur unter folgender „Auflage“ stattfinden dürften:

1. Kuttner dürfe nicht reden.
2. Der Ersahreferent müsse dem Polizeipräsident bis 6 Uhr abends (!) mitgeteilt werden.
3. Das Demonstrationsverbot sowie die Person des Ministers Klagges dürften in den Ansprachen nicht erwähnt werden.

Man erkennt hieraus, mit welchem Recht die Nazis sich über „Unterdrückung“ beschwerten, und wie die Freiheit aussieht, die sie selber zu gewähren beabsichtigen.

Belehrung für Hitler.

Ein Antwortschreiben des Reichsinnenministers an die nationalsozialistische Reichstagsfraktion.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hatte in einer Anfrage an die Reichsregierung auf einen Bericht des „Vorwärts“ verwiesen, nach dem Reichstagspräsident Lobe in einer feierlichen Kundgebung der Eisernen Front u. a. gesagt hat: „Die Volksmassen der ‚Eisernen Front‘ würden die Machtergreifung der Nationalsozialisten verhindern... Auch die ‚legale‘ Machtergreifung der Nationalsozialisten wird nicht ruhig hingenommen werden.“ Weiter hatte die Fraktion auf eine Mitteilung des „Berliner Tage-

blatts“ Bezug genommen, wonach der Berliner Polizeipräsident Grzelinski in Leipzig erklärt hat, daß „eine sozialistische Regierung den Bürgerkrieg bringen würde“.

Das der Fraktion jetzt zugegangene Antwortschreiben des Reichsinnenministers betont, daß nach den angestellten Ermittlungen die angeführte Bemerkung des Polizeipräsidenten Grzelinski tatsächlich so gefallen sei. Die dem Reichstagspräsidenten in den Mund gelegten Redewendungen seien aber in der wiedergegebenen Form nicht gebraucht worden. Lobe habe vielmehr die Legalitätsbetonungen Hitlers im Hinblick auf dessen eigene Vergangenheit wie auf die vielfachen Neben seiner Unterführer in Zweifel gezogen und dann auseinandergesetzt, daß eine legale Machtergreifung Hitlers ausgeschlossen sei, denn nach der Verfassung könne ihre Verrichtung nur mit Zweidrittelmehrheit des Reichstags herbeigeführt werden, Hitler werde aber diese Mehrheit niemals erreichen. Wollte er an die Macht, woran nicht zu zweifeln sei, dann könne dies nur unter Bruch der Verfassung geschehen, wogegen die Arbeiter entschieden Front machen und der Gewalt auch Gewalt entgegenzusetzen würden. Lobe hat weiter keine Zweifel darüber gelassen, daß die SPD. den Kampf geistig führe, die rohe Gewalt ablehne und nur gezwungen auf eine andere Plattform des Kampfes treten würde. Aus diesen Ausführungen sei eine Bürgerkriegsdrohung des Reichstagspräsidenten nicht zu entnehmen.

Das selbe gelte aber auch für die Bemerkung des Polizeipräsidenten Grzelinski, da das Wort „legal“ in dem Bericht ausdrücklich in Anführungszeichen gesetzt sei, also andeuten solle, daß eine wirklich legale Machtergreifung eben nicht erwartet werden könne. Es hätten offenbar beide Redner zum Ausdruck bringen wollen, daß sie die Bürgerkriegsandrohung auf der nationalsozialistischen Seite sähen, sich selbst also in Abwehrstellung zum Schutze der bestehenden Staatsform befänden. Eine Gewaltandrohung im Falle der Regierungsübernahme durch die NSDAP. sei unter der Voraussetzung, daß sie auf wirklich legalen Wege geschehen sollte, in den beanstandeten Äußerungen demnach nicht zu erblicken.

Der Weg der Pflicht.

Bemerkungen zur Preußenfrage.

Von Carl Severing.

Unmut und Erbitterung über das Elend der Wirtschaftskrise haben sich bei den Landtagswahlen in einem Mehrheitsvotum für die Opposition entladen. Die beiden extremsten Parteien, Nationalsozialisten und Kommunisten, haben zusammen mit 219 von 422 Stimmen die Majorität. Daraus folgt ohne weiteres, daß eine Mehrheitsbildung in diesem Landtag nicht möglich ist, solange diese beiden Parteien in der Opposition verharren.

Nun ist der Wechsel zwischen Opposition und Regierung in einem normal funktionierenden parlamentarischen System der gegebene Zustand. Die Opposition muß, wenn sie Mehrheit geworden ist, herantreten an die Regierung und muß zeigen, was sie kann. Die in die Minderheit geratenen Regierungsparteien behalten als kontrollierende und kritisierende Faktoren ihre Bedeutung. Sie sind dann zwar nicht „verantwortungslos“, sollen es wenigstens nicht sein, aber sie sind bis auf weiteres von der am aller schwersten zu tragenden Verantwortung, der Verantwortung an der Regierung, befreit und in diesem Sinne gewissermaßen „auf Erholungsurlaub“.

Es gibt wohl keinen Sozialdemokraten an beamteter oder nichtbeamteter Stelle, der seiner Partei — und wenn er das Unglück hat, Minister zu sein, sich selber — einen solchen Erholungsurlaub nicht von Herzen wünschte und gönnte. Ja, es wäre eine wahre Lust, sich nun schließlich auf die Bänke der Kritik zu begeben und von da aus zuzusehen, was die Nationalsozialisten als Regierende von ihren großen Versprechungen zu erfüllen imstande sind!

Die hemmungslose Agitation der Nationalsozialisten — das habe ich schon an anderer Stelle ausgesprochen — hat ja nur deshalb so viele Anhänger gefunden, weil sie die drückende Wirtschaftsnote, die Steuerlast, die Arbeitslosigkeit, das Stocken von Handel und Wandel, die Kürzung der Gehälter und Löhne den republikanischen Parteien zur Last legte. Die Nationalsozialisten haben strupellos diese schlimmen und schweren Folgen des Weltkrieges und der Wirtschaftskrise als abwendbar dargestellt. Sie haben versprochen, alles zu bessern, wenn sie regieren würden. Ist es nicht begreiflich, wenn sich der lebhafteste Wunsch regiert, nunmehr den Nationalsozialisten Gelegenheit zu geben, ihre Worte mit den harten Tatsachen in Einklang zu bringen?

Indes muß dieser Wunsch an eine Voraussetzung geknüpft bleiben: Der Schaden, der aus einem solchen Experiment erwächst, darf nicht irreparabel sein. Würde zum Beispiel die Außenpolitik des Reiches von den Nationalsozialisten im Sinne ihrer bisherigen Propaganda beeinflusst, so könnte der Schaden so groß werden, daß eine spätere Korrektur durch Neuwahlen nicht mehr imstande wäre, ihn wieder gut zu machen. Und zweitens: Gelänge es den Nationalsozialisten, das staatliche Leben so in Verwirrung zu bringen, daß ein normales Funktionieren der Opposition nicht mehr möglich wäre — mit anderen Worten: drohte von einer regierenden nationalsozialistischen Partei die Gefahr, daß sie unter Bruch der Verfassung ihre Alleinherrschaft aufzurichten veruchte, so wären die Folgen erst recht unabwehrbar und äußerst unheilvoll. Mit schwerer Schuld würden sich dann diejenigen beladen haben, die die Nationalsozialisten an die Regierung herangelassen hätten.

Der Beschluß des Kabinetts, den neuen Landtag zum frühesten Termin einzuberufen und ihm seinen Rücktritt anzuzeigen, hat allgemeine Billigung gefunden. Die alte Regierung gibt dem neuen Landtag zum frühesten Termin Gelegenheit, seine Arbeitsfähigkeit zu zeigen. Sie kann aber selbstverständlich auch nicht den Landtag in eine Zwangslage versetzen, indem sie ohne ordnungsmäßige Abklärung eigenmächtig ihren Platz verläßt. Der Landtag kann an jedem Tage den gegenwärtigen Ministerpräsidenten von seinem Platze entfernen, indem er einen neuen wählt und ihm sein Vertrauen gibt. Aber die Parteien, von denen die Mehrheits-

Unwahrhaftig und taktlos.

Breitscheid über Lardieus Rede.

Über die Rede Lardieus in Belfort, auf die wir in der gestrigen Ausgabe des „Vorwärts“ bereits eingegangen sind, schreibt Genosse Rudolf Breitscheid im „Sozialdemokratischen Presseblatt“ u. a.:

„Es ist zunächst ein Beweis für einen starken Mangel an politischem Taktgefühl, wenn der Chef einer Regierung sich in seinen Reden in solcher Weise in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischt und Parteien angreift, mit deren Vertretern er nebenbei unter Umständen noch einmal wieder auf internationalen Konferenzen zusammenarbeiten muß, so wie er beispielsweise mit MacDonald verhandelt hat, als dieser noch Chef der britischen Labour Party war. Aber über Taktfragen wollen wir mit Lardieu nicht streiten, und ebenso lehnen wir es ab, ihm eine Speziallektion über das Wirken der sozialdemokratischen Parteien und besonders der deutschen Sozialdemokratie zu erteilen. Das hätte mir dann einen Sinn, wenn man bei ihm den guten Willen voraussetzen könnte, die deutschen Verhältnisse zu begreifen und sich über die Rolle, die die Sozialdemokratie tatsächlich gespielt hat, zu informieren. Diese Voraussetzungen sind nicht gegeben, denn Herr Lardieu bedient sich bemüht des verwerflichen Mittels einer unwahrhaftigen Demagogie. Das Bemerkenswerteste ist nur, daß der

jetzte Woffen der Rüstammer der deutschen Nationalsozialisten einnimmt

und dieser, was ihm schon einmal unser Freund Grumbach in der französischen Kammer vorgeworfen hat, damit seine Unterstützung angebeihen läßt. Der französische Ministerpräsident Arm in Arm mit Herrn Hitler als Gegner des „Systems“ und des „Marxismus“ — ein erhebbendes Bild!

Doch die Nationalsozialisten werden nicht nur gebraucht, um den französischen Nationalisten Waffen gegen die Deutschen und französischen Sozialisten zu liefern, sie sind ihnen vielmehr insofern von Nutzen, als sie ihnen Argumente gegen eine Aenderung der französischen Außenpolitik zur Verfügung stellen. Lardieu und die, die mit ihm auf derselben Linie marschieren, weisen auf den Wahlerfolg des Hitlerismus in Preußen hin und ziehen daraus den Schluß, daß hier die neue große Gefahr für die

Sicherheit Frankreichs in Erscheinung trete, die man mit allen Mitteln abzuwehren habe.

Vom Standpunkt des französischen Ministerpräsidenten gesehen, ist es nicht nur undenkbar, sondern auch eine Unwahrhaftigkeit, wenn er so tut, als ob ihm der Triumph des Halbkreuzertums Schrecken einflöhe. Im Grunde wird er Herrn Hitler dankbar sein, denn sein Erfolg verhilft ihm zu einem bequemeren Vorwand gegen die Abkehr vom Wege außenpolitischer Unvernunft und er stellt ihm außerdem für die Zukunft einen wertvollen Bundesgenossen in dem internationalen Kampfe gegen den Sozialismus und für die Aufrechterhaltung kapitalistischer Reaktion in Aussicht.

Nazi-Programm.

Endlich belangemacht.

In einer Wiener Berührung sagte der neue Nazi-Gemeinderat Gragelberger, der sein Braunhemd mit einer Unmenge Fleck behängt hatte:

„Sie dürfen vorläufig von uns keine sachliche Arbeit im Gemeinderat erwarten. Wir wollen nichts anderes, als Opposition machen. Wir wollen es ihnen aufmischen!“

Die 15 Nazis im dem hundertköpfigen Gemeinderat müssen zunächst, wie alle, das Gelübnis ab die Verfassung des Staates und des Landes Wien leisten. Gegen ordnungswidriges Benehmen kann der Disziplinarausschuß die Ausschließung für die laufende und auch noch für die nächste Sitzung beschließen. Bei Nichtbefolgung tritt automatisch Mandatsverlust ein. Da werden sich die Nazis — wie man in Wien sagt — schon moderieren!

1. Mai, 13 Uhr, Lustgarten!

Fahnen heraus zum 1. Mai!

Wahrung abhängt, sollen nicht vor ein Vakuum gestellt, nicht unter Druck gesetzt sein.

Was für die Regierung gilt, das gilt ähnlich auch für die Sozialdemokratische Partei. Sie hat den stärksten Wunsch, sich einmal von der Last der Regierung recht gründlich erholen zu dürfen. Aber sie vergißt nicht, was sie dem Staate und dem Volke schuldig ist. Insbesondere kann es nicht ihre Absicht sein, das Zentrum in der Freiheit seiner Entschlüsse irgendwie zu beengen. Vielleicht wird sie einmal gegen das Zentrum schwere Vorwürfe erheben müssen, wenn es den Nationalsozialisten ohne ausreichende Vorkehrungsmaßnahmen einen Anteil an der Regierung überläßt. Sie darf sich also selber nicht dem Vorwurf aussetzen, sie hätte durch ungebildetes Drängen das Zentrum zu verhängnisvollen Entschlüssen genötigt.

bleiben bis zur Klärung und unverdrossen seine Pflicht tun, was immer kommen mag — das ist vielleicht das schwerste Opfer, das bisher von der Partei und von den nächstbeteiligten Personen gefordert worden ist. Es muß aber gebräut werden, weil die Verfassung und das Wohl des Volkes es so verlangen.

Nazigras gegen Hohenzollern.

„Das kommt nicht wieder.“

Die Bemühungen des Hauses Doorn um die Partei der Nationalsozialisten haben noch keinen vollen Erfolg gehabt. Wenigstens der stets eigenwillige und etwas eingängliche Graf Reventlow erteilt den aufdringlichen Zollernfreunden eine recht unwirksame Antwort auf ihre Spielereien. Er behauptet, die Deutschnationalen und der Stahlhelm rückten die monarchische Idee deshalb wieder in den Vordergrund, weil sie glauben, damit die NSDAP von innen heraus sprengen zu können. Selbstverständlich sei ihnen klar bewußt, daß in erster Linie die Arbeiterschaft, wenn sie überzeugt wäre, daß die nationalsozialistische Bewegung monarchistisch geworden sei, diese als ihren Feind betrachten und daß die Arbeitermassen, die sich in der NSDAP befinden, diese dann verlassen würden. Es handelt sich hiermit also um eine psychologisch gut berechnete Intrige der Deutschnationalen. Diese wollen gleichzeitig damit den ihnen verhassten deutschen Sozialismus aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auf diese Weise „von hinten herum“ herausbringen, sie zur reinen Bürgerpartei noch außen stampeln und am Innern machen.

Aber da liest Reventlow ihnen rechtzeitig die Leviten. Wenn sich die Herrschenden vor dem Kriege und während des Krieges auch einbildeten, das deutsche Volk sei im Grunde „monarchistisch bis auf die Knochen“, so war das damals schon ein schwerer Irrtum.

Auch abgesehen von den Gefolgschaften der Sozialdemokratie waren gerade die besten Schichten der Bevölkerung nicht zum wegzugreifen auf dem Coade und im kleinen Bürgertum durchaus nicht monarchistisch gesinnt. Die damals herrschenden Stände und Schichten haben in der sozialen Frage durch ihre schroffe verhängnisvolle Anshauung und Stellung, die sie überzogenen Monarchisten, der Monarchie das Grab gegraben. Freilich, das so unzählmliche Verschwinden der Monarchen und der Monarchien im November 1918 werden vor der Geschichte immer in erster Linie den Monarchen selbst zur Last gelegt bleiben, und mit Recht. Dieses Verschwinden, und schon ihr gänzliches Zurücktreten während des Krieges und das Fehlen jeglichen Führergeistes zeigte, daß ihr großes Kapital an Ansehen, Nimbus und Vertrauen im Volk verbrannt war, daß die Monarchien zuletzt nur noch leicht angelehnt auf dem Volksboden standen, anstatt mit ihm verwurzelt und im Volksleben selbst verankert zu sein.

Aber, sagt Reventlow weiter, die Monarchisten, die sich 1918 verkrochen, „denken noch heute, daß sogar eine derart unrühmlich abgetretene Monarchie wieder aufgerichtet werden könnte wie ein umgefallener Stuhl“. Aber abgesehen von der geschichtlichen Erfahrung, daß derartige „Restaurationen“ nie von Dauer sind, erklärt Reventlow noch einmal als nationalsozialistische Meinung:

Der Nimbus der Monarchie und des Monarchen ist einmal weg, auch der Respekt vor ihnen, und „das kommt nicht wieder!“ Reventlow sieht — ausnahmsweise — diese Dinge ganz klar. Aber er wird selbst nicht annehmen, daß alle seine Pgs mit gleicher Klarheit die Sache sehen und die Arbeiter — nun ja, sie sehen vor allem die Liebedienerei, die Hüter mit dem Luml treibt, sehen, daß der Zoller dritter Güte sogar Landtagsabgeordneter für die „Arbeiterpartei“ wird, während die SA in Dreck und Speck die Schlachten schlagen müssen. Ganz wie vordem!

Nazis gegen Zentrum.

Sie wollen in Württemberg eine Koalition gegen das Zentrum versuchen.

Stuttgart, 29. April. (Eigenbericht.)

Die Nationalsozialisten bemühen sich, in Württemberg eine Regierung unter Ausschaltung des Zentrums zustande zu bringen. Rein rechnerisch wäre dies möglich, wenn sich die 23 Nationalsozialisten mit den 9 Bauernbündlern, 3 Deutschnationalen, 4 Demokraten und 3 Vertretern des Christlichen Volksbundes zusammenschließen würden. Das ergäbe eine Landtagsmehrheit von 42 gegen 35 Stimmen. Politisch dürfte jedoch das Zustandekommen einer solchen Koalition kaum möglich sein. Aber es ist von Interesse, daß die Nationalsozialisten, bevor sie mit der größten und bis jetzt führend gemessenen bürgerlichen Partei überhaupt in Fühlung getreten sind, durch Verhandlungen mit den kleinen Gruppen den Versuch machen, eine „evangelisch besetzte“ Mehrheit im Landtag zustande zu bringen.

Auf Zentrum ist man über diese Vorgänge sehr entrüstet und erklärt, zunächst abwarten zu wollen, welche „ungetarnten Möglichkeiten“ diese konfessionelle Betrachtung der württembergischen Politik noch eröffnen wird.

In Hamburg werden sie zahlm.

Hamburg, 29. April.

Bei der Abstimmung über die Ausgabe-Ermächtigung für die Monate Mai und Juni trennten sich in der Bürgerkrise die Nationalsozialisten von den Deutschnationalen und ermöglichten durch Stimmhaltung die Annahme des provisorischen Staats. Nur die Kommunisten stimmten im Verein mit den Deutschnationalen gegen den Antrag des Senats und damit gegen die Ermächtigung zur Leistung der notwendigen Staatsausgaben, besonders der Beamtengehälter. Nach der Annahme einiger anderer Vorlagen löste sich die im September 1931 gewählte Hamburger Bürgerschaft auf.

Fronde der Ministerialbürokratie.

Billen für Reichsbeamte. — Rund um Devaheim. — Wieviel kostet die Versorgung der Wehrmacht?

Der Haushaltsausschuh des Reichstages erörterte am Freitag den Prüfungsbericht seines Rechnungsunterausschusses über den Haushalt des Reichsministeriums des Innern, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsarbeitsministeriums und des Haushalts für Versorgungs- und Ruhegehälter.

Der Berichterstatter, Abg. Helzig, berichtete eingehend darüber, daß es trotz aller zwingenden Beschlüsse des Haushaltsausschusses und des Reichstages die einzelnen Ministerien bisher nicht für nötig gehalten haben, die in den verschiedenen Haushalten verstreuten Mittel für Rationalisierungsförderung in einem Fonds im Etat des Reichswirtschaftsministeriums zusammenzufassen. Auch in der diesmaligen Sitzung des Haushaltsausschusses traten der Reihe nach die Referenten der verschiedenen Ministerien auf und verteidigten ihre besonderen Rationalisierungs-„Täpfehen“. Man will für den Haushaltsplan 1932 die Beschlüsse des Reichstages auf die Art umgehen, daß man bei jedem einzelnen Rationalisierungsmittel Verweisungen auf die übrigen Ausgaben als Erläuterung gibt. Außerdem hat man eine sogenannte Ministerialkommission geschaffen, in der alle an Rationalisierungsfragen beteiligten Referenten hin und wieder zusammenkommen. Aber haushaltsmäßig soll keine Zusammenlegung aller Ausgaben für diese Zwecke erfolgen.

Der Berichterstatter ließ keinen Zweifel darüber, daß diese Fronde der Ministerialbürokratie nicht geduldet werden würde. Der Haushaltsausschuh schloß sich mit großer Mehrheit dem Vorschlag des Rechnungsunterausschusses an, der den Reichsminister der Finanzen ersucht, die Zusammenlegung aller Rationalisierungsmittel in den dafür zuständigen Haushalt mit dem Haushaltsplan für 1932 vorzunehmen.

Bei der Prüfung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ergab sich folgendes:

Wo bleiben die Invalidengelder?

Für die Zwecke der Invalidenversicherung stehen als sogenannter Ausgleichsfonds aus den Zolleinkünften jetzt jährlich 20 Millionen Mark zur Verfügung. Sie sollen an die Bundesversicherungsanstalten verteilt werden.

In Wirklichkeit hat sich aber das Arbeitsministerium angewöhnt, von jenen 20 Millionen Mark rund 8 Millionen Mark zurückzuhalten und damit selbständig solche Institutionen zu unterstützen, bei denen man es für richtig hält. Wie der Berichterstatter nachwies, hat das dazu geführt, daß daraus eine Art Sammelkiste geworden ist, aus dem alle möglichen Institutionen ihre Sonderbewilligungen schöpfen, ohne daß damit eine gerechte Verteilung jener Mittel gewährleistet wird. Hier wird bei der Beratung des nächsten Haushaltsplanes eine grundsätzliche Änderung eintreten.

Leure Beamtenwohnungen. — Billen für Reichsbeamte.

Für den Beamtenwohnungsbau ist in den jüngst vergangenen Jahren außerordentlich viel vom Deutschen Reiche geleistet worden. Der Fonds zur Förderung des Baus von Beamtenwohnungen hat seit Abschluß der Inflation rund 85 Millionen Goldmark an Mitteln erhalten. Der Bericht des Rechnungsunterausschusses stellt fest, daß für dieses Geld meist Beamtenwohnungen gebaut worden sind, die in der Miete möglichst niedrig gehalten wurden, aber zugleich den zur Verfügung gestellten Wohnraum möglichst geräumig machten. Die Gegenwart zeigt, daß dabei nicht nur eine unzureichende Verzinsung der Reichsmittel sich ergeben hat, sondern daß darüber hinaus auch den Beamten gar kein Gefallen getan worden ist. Bei den kleinsten

Wohnungen ist die Miete so teuer, daß sie nach dem Gehaltsabbau den Beamten außerordentlich belastet und bei den größten Wohnungen bringt auch eine Erleichterung durch Mietob- bau keine Wirtschaftlichkeit für den Benutzer zustande.

In einzelnen Fällen ist man dabei so weit gegangen, daß für hohe Reichsbeamte mit einem Aufwand bis zu 70 000 Mark ganze Villen gebaut wurden.

Der Mietertrag aus solchen Häusern steht in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln.

Der Gehaltsset einer Wohlfahrtsorganisation.

Das Arbeitsministerium unterstützt auch alljährlich die großen Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege mit ganz erheblichen Beträgen. Die Tatsachen zeigen — man braucht nur an den Devaheim-Skandal zu denken —, daß dabei die hingegebenen Mittel nicht immer ordnungsgemäß verwaltet werden.

Das Arbeitsministerium weiß in vielen Fällen nicht einmal, in welchem Umfange die großen Verbände der freien Wohlfahrtspflege neben den Reichsmitteln auch noch über sonstige Einnahmen verfügen.

Auch hier muß eine grundsätzliche Änderung eintreten. Bei der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen Deutschlands G. m. b. H. stellte der Berichterstatter fest, daß der Gehaltsset über 140 000 Mark der Einnahmen beansprucht habe.

Was kostet die Versorgung der Wehrmacht?

Beim Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter wurde im besonderen darauf hingewiesen, daß bis vor kurzem nicht festgestellt werden konnte, welche Kosten die Versorgung der neuen Wehrmacht beanspruche. Die ersten Schätzungen waren viel zu niedrig, da die Versorgung (Pensionen, Hinterbliebenenrenten usw.) der alten und der neuen Wehrmacht im Haushaltsplan gemeinsam ausgewiesen wurden. Die Trennung der Versorgungsausgaben für die alte und für die neue Wehrmacht hat ergeben, daß die neue Wehrmacht viel größere Versorgungskosten beansprucht, als bisher geschätzt wurde. Alle Vorschätzungen waren ganz erheblich zu niedrig. Auch in der Haushaltsrechnung 1931 wird es bei dem Kapitel „Versorgung der neuen Wehrmacht“ wohl noch zahlenmäßige Ueberraschungen geben.

Montag Bankenfanerung.

In seiner nächsten Sitzung am Montag, dem 2. Mai, wird der Haushaltsausschuh zuerst den Bericht eines besonderen Unterausschusses über die Bankenfanerung durch die Reichsregierung entgegennehmen. Berichterstatter über die Beratungen jenes besonderen Unterausschusses ist der Abg. Hilsberg. Nach Erledigung jenes Berichtes wird der Haushaltsausschuh den Bericht seines Rechnungsunterausschusses über die Haushaltsrechnung 1930 weiter beraten.

Parlamentarische Rechnungsprüfung.

Am Montag: Bankenfanerung.

Der Haushaltsausschuh beriet heute den Bericht seines Rechnungsunterausschusses zur Haushaltsrechnung weiter. Im besonderen wurden das Reichsministerium des Innern und das Reichswirtschaftsministerium behandelt.

Die nächste Sitzung am Montag wird sich zuerst mit dem Bericht des besonderen Unterausschusses über die Bankenfanerung befassen.

Heraus zur Maidemonstration

Sonntag, um 13 Uhr, im Lustgarten!

Aufmarschplan:

Vaugewerksbund, Deutscher Metallarbeiterverband, Verband der Kupferschmiede, 3., 19. und 20. Kreis der SPD.: Gartenstr., Spitze Bernauer Str., sowie Gartenplatz.
Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Verband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Deutscher Musiker-Verband, Deutscher Handarbeiter-Verband und Deutscher Messerverband, 1., 4. und 18. Kreis der SPD.: Lohringer Straße, Spitze Köpenicker Platz.
Vaugewerksbund, 2. und 7. Kreis der SPD.: Kleiner Lustgarten, Spitze Wilsnager Straße.
Vaugewerksbund: Landsberger Platz.
Deutscher Vedarbeiter-Verband: Bulampplatz.
Vaugewerksbund: Engelauer, Gewerblichshaus.
Bekleidungsarbeiter, Putzarbeiter: Seckelstr., Spitze Alte Jakobstraße.
Gesamverband: Mikschlitzplatz.
Einheitsverband der Eisenbahner, 5. und 17. Kreis der SPD.: Rüstener Platz.
Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands: Andreasplatz.
Deutscher Holzarbeiter-Verband, 15. und 16. Kreis der SPD. und sämtliche freigewerkschaftlich organisierte Taubstumme: Am Röllischen Park.
Verband der Maler: Meißdorferstr., Spitze Adalbertstr.
Verband der Sattler und Tapezierer, Zentralverband der Schuhmacher, Deutscher Textilarbeiter-Verband: Engelauer, Spitze Köpenicker Str.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund: Mariannenplatz, Spitze Bethanienufer.
Vaugewerksbund: Bahnstr. (Bahnhof Großgörschenstr.)
Vaugewerksbund und 14. Kreis der SPD.: Reuterplatz (Neußbän).
Zentralverband der Maschinisten und Seizer: Laufiger Platz.
Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zentralverband der Schornsteinfegergesellen: Mariannenplatz.
Zentralverband der Steinarbeiter: Bethanienufer, gegenüber Gewerblichshaus.
Allgemeiner freier Angestelltenbund: Raumnstr., Spitze Draniensplatz.
Graphische Industrie (Buchdrucker, Buchbinder), Verband der Lithographen und Steindrucker, Verband der graphischen Hilfsarbeiter, 6. und 13. Kreis der SPD.: Alte Jakobstr., Spitze Neuenburger Str.
9., 10., 11. und 12. Kreis der SPD.: Gendarmenmarkt.
Schleife Gewerkschaftskollegen treffen sich um 11 Uhr am Röllischen Park und schließen sich an den Zug der Holzarbeiter an. Auf dem Lustgarten nehmen die gehörlosen Kollegen vor der Rednertribüne Aufstellung.
Spandau: Die Spandauer Partei- und Gewerkschaftsangehörigen treffen mittags um 1 Uhr in der Bethelstraße an. Abmarsch 1 Uhr zum Stadion in Hafensfeld. Der Zug trifft dort gegen 2 Uhr nachmittags ein.
Die Arbeiterjünger treffen sich am 1. Mai, vormittags 9.30 Uhr, im Soalbau Friedrichshain. Diejenigen Sänger, die sich im Soalbau Friedrichshain nicht rechtzeitig einfinden können, treffen sich um 11 Uhr im Lustgarten vor der Rednertribüne.

Der Abmarsch von den Sammelpunkten erfolgt um 11.30 Uhr / Fahnen und Banner werden mitgeführt, Transparente sind verboten! / Der Rückmarsch vom Lustgarten erfolgt nach vier Auflösungsplätzen nach den Anweisungen der Zugleiter und Ordner

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuh Berlin

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
Bezirksausschuh Berlin

Partei für Arbeiter Sport und Körperpflege Berlin.

Allgemeiner freier Angestelltenbund
Ortspartei Berlin

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Bezirksverband Berlin

Deutsch-italienisches Zusammengehen.

Fransösische Entföhlung oder Wahlbombe?

Paris, 29. April. (Eigenbericht.)

Bertinaz meldet dem „Echo de Paris“ aus Genf, daß nach Angabe kompetenter Persönlichkeiten während des Aufenthalts von Brüning und Curius in Rom im September v. J. eine Art Abkommen über eine deutsch-italienische Zusammenarbeit abgeschlossen worden sei. Dieses Abkommen, des Brüning in einem Memorandum festgelegt habe, bestimme: Austausch von Informationen und gemeinsames Vorgehen der beiden Regierungen in Südosteuropa, um der französisch-südslawischen Freundschaft entgegenzuarbeiten; Verständigung darüber, daß Frankreich den Artikel 8 des Völkervertrages durchführe und bis zu einem möglichst niedrigen Niveau abrüsten soll; Verständigung über den Plan, der Rußland in jedem Projekt einer europäischen Union eingeräumt werden soll. Bertinaz fügt hinzu, er zweifle nicht daran, daß diese Meldung ein Demonstherocourant werde, aber die Haltung Deutschlands und Italiens in Genf und anderswo sei derart, daß man an die Existenz eines Abkommens dieser Art glauben müsse. Mit diesem Abkommen will Bertinaz auch die kühle Haltung Mussolinis gegenüber Canal begründen, der im Dezember v. J. nach Rom fahren wollte, um die französisch-italienischen Meinungsverschiedenheiten zu bereinigen. Mussolini habe damals auf die Anregung Canals in einer Weise geantwortet, die man in Paris nicht erwartet hatte und eine Liste von Forderungen überlieferte, in der die Flottenparität einen hervorragenden Platz eingenommen habe. Canal habe darauf seinen Besuch unterlassen. (Von zuständiger deutscher Seite wird erklärt, daß an dieser Meldung kein wahres Wort sei. Red. d. „B.“)

Wahlterror in Memelland.

Was nützt der Dreimächteschritt?

Memel, 29. April.

Die Memelländische Landwirtschaftspartei hatte in Pröfalus eine Wahlversammlung anberaumt, auf der der Spitzenkandidat der Partei, Gubba, und eine Reihe anderer Redner sprechen sollten. Schon lange vor Beginn der Versammlung sammelten sich Störungstrupps vor dem Lokal an; der Bruder des Landesdirektors Reissigs aus Stragna führte sie. Die litauische Bahnverwaltung soll ihre Arbeiter von der Strecke Kutoraiten-Memel zu diesen Störungen hinbeordert und ihnen befohlen haben, diese Versammlung auf alle Fälle zu stören; im Falle eines Widerstandes soll den Arbeitern mit fristloser Entlassung gedroht worden sein. Grenzpolizei und Postbeamte waren eigens dazu beurlaubt, um an der Versammlung teilzunehmen. Die Versammlung eröffnete der bisherige Landtagsabgeordnete Rugešius, der die Behauptungen des Führers der Großlitauer in Memelgebiet, Borchert, zurückwies, monach die Landwirtschaftspartei ihre stets überfüllten Versammlungen nur dem Umstand zu verdanken habe, daß sie Freibild gäbe. Als der Redner Borchert einen Vögnar nannte, nahm die Versammlung eine drohende Haltung gegen den anwesenden Borchert ein, so daß dieser es vorzog, wegzugehen. Hierauf sollte Gubba sprechen. Er wurde von den Litauern niedergeböhrt. Da weder die Versammlungsteilnehmer noch die Redner sich durch die Schreier beeinflussen ließen, wurden

Tränengas- und Stabbomben in den Saal geworfen, und zwar von Mitgliedern der „Schwala Sejunga“, den Jungschwänen.

Gubba sagte dazu: „Ich glaube, wenn ich zwei Stunden geredet hätte, hätte ich nicht so viel Ermachungen können, monum es jetzt geht, als Reissigs es durch sein Behalten getan hat.“

Von der Landespolizei waren wohl mehrere Beamte erschienen, in den Saal trauten sich aber nur zwei Hochmeister. Trotz wiederholter Aufforderung, den Ruheführer Reissigs aus dem Saal zu entfernen, tat es die Polizei nicht.

Alles nur Verteidigungswaffen!

Sogar Linienfahrer dienen nicht zum Angriff.

Genf, 29. April. (Eigenbericht.)

In der technischen Kommission für Seeabrüstung bestreiten England, Amerika, Frankreich und Japan neuerdings den Offensivcharakter der Linienfahrer, die sie als Verteidigungswaffe bezeichnet haben wollen. Die Hinweise auf den Bau des deutschen Panzerkreuzers „Deutschland“ beantwortete v. Rheinbaben mit dem Hinweis auf die Erlaubnis durch den Verfaller Vertrag. Trotz der hohen Kosten für diesen Bau sei Deutschland aber bereit, ihn auf dem Altar der Abrüstung zu opfern, wenn die anderen Seemächte bereit seien, das gleiche mit ihren Linienfahrern zu tun.

Die Land- und Luftkommisssion haben bisher ebenfalls noch nicht zu einer Einigung über irgendeine Bestimmung von Angriffswaffen kommen können.

Die unterbrochenen Besprechungen.

Genf, 29. April. (Eigenbericht.)

Auf Anrohung des englischen Ministerpräsidenten fand am Freitag in der Wohnung des amerikanischen Staatssekretärs Stimson eine Besprechung der Führer der Abrüstungsdelegationen von Deutschland, Amerika, England, Frankreich und Italien statt. Man kam überein, die ausichtslosten Verhandlungen zwischen den Führern der Delegationen, die durch die Krankheit Cardieux unterbrochen wurden, sobald als möglich fortzusetzen. Die Verhandlungen sollen möglichst bereits in vierzehn Tagen wieder aufgenommen werden. Das genaue Datum soll schnellstens festgelegt werden.

Zwei Landtage von Anhalt.

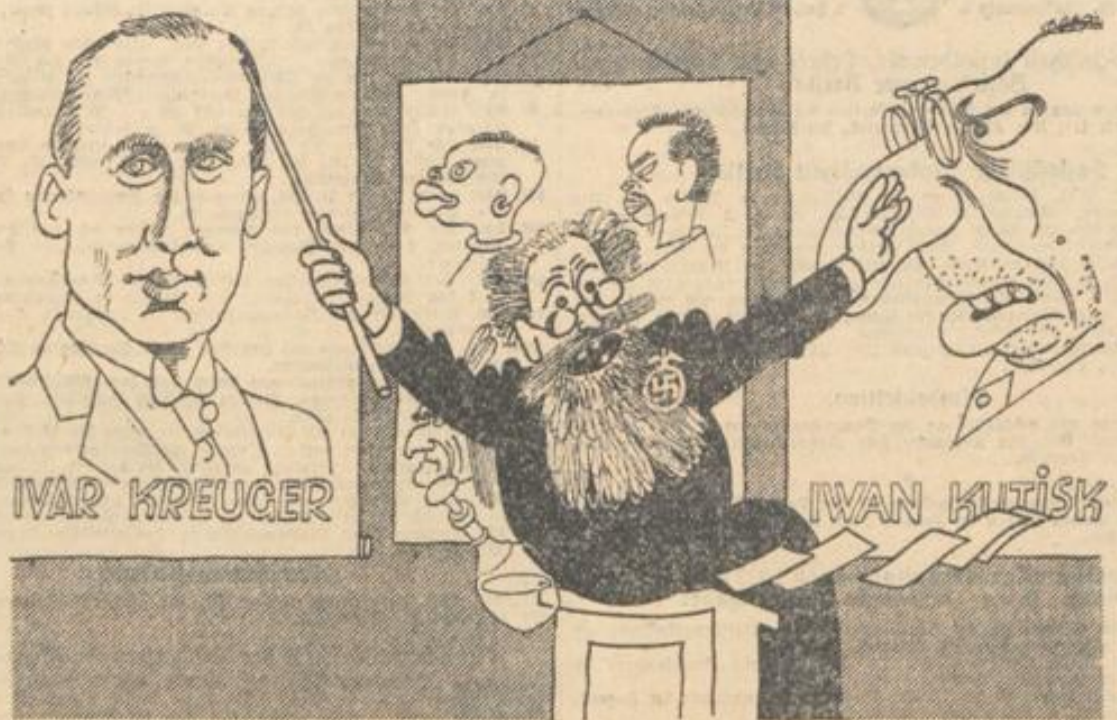
Der neugewählte Landtag zum 17. Mai einberufen.

Deßau, 29. April.

Das anhaltische Staatsministerium hat beschlossen, den neuen Landtag innerhalb der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Frist einzuberufen, sobald die Zustimmungserklärung der neugewählten Abgeordneten über die Annahme der Wahl vorliegt. Der späteste Termin der Einberufung ist der 17. Mai. Bis zum Zusammentritt des neugewählten Landtages wird das Staatsministerium Entscheidungen von grundsätzlicher oder finanzieller erheblicher Tragweite nicht mehr treffen, sondern sich lediglich auf die Bearbeitung der laufenden Angelegenheiten beschränken.

Die staatsrechtliche Kommission, die darin liegt, daß die Wahlperiode des alten Landtags noch bis zum 19. Mai einschließlic, läuft — für einige Tage also tatsächlich noch zwei Landtage nebeneinander bestehen — kann nach Ansicht des Ministeriums dadurch behoben werden, daß der neue Landtag noch seinem Zusammentritt sich bis zum 20. Mai vertagt, womit aber etwaigen außerordentlichen Entscheidungen des neuen Landtags in keiner Weise vorgegriffen werden soll.

Rassefunde.



„Hier zeige ich Ihnen auf der einen Seite das raffende Kapital. Beachten Sie die habgierige Frage des Juden! Auf der anderen Seite dagegen das schaffende Kapital, vertreten durch den blondhaarigen Schweden Ivar Kreuger. Beachten Sie, meine Herren, den sittlichen Ernst dieser Züge. Solch eine Erscheinung lügt nicht...“

4200 Parteibuchbeamte!

Worauf die Nazis spekuliert haben.

Mit welcher Sicherheit die Nationalsozialisten bei den Landtagswahlen auf einen völligen Wahlsieg gerechnet und wie sie bereits an die Einrichtung des Verwaltungsapparates für das kommende Dritte Reich gedacht haben, geht aus einem Dokument hervor, das der „Rheinischen Zeitung“ von einem bisherigen Anhänger der NSDAP zugegangen ist. Es lautet:

„Das für das kommende Dritte Reich vorgesehene Arbeitsdienstpflichtgesetz braucht einen ständigen Beamtenstand zwischen dem 23. und 55. Lebensjahr als Verwaltungsapparat. Der Gau Köln-Rhein stellt zu diesem Beamtenapparat 4200 Personen. Die Gliederung erfolgt je nach Verwendungsfähigkeit. Die Bezahlung erfolgt nach dem Einkommen der übrigen Staatsbeamten.“

Die Entscheidungsgrenze rückt näher und wir müssen unser Programm auf Nachübernahme auch in diesen Einzelheiten fest vorliegen haben. Es ergeht deshalb an alle diejenigen, die sich für Aufnahme in diesen Beamtenapparat interessieren, die Aufforderung, einen handschriftlich vorletzten Lebenslauf, der alle wissenswerten Angaben enthalten muß, unverszüglich bei dem Ortsgruppenführer der Ortsgruppe Jülicher Platz, Königsplatz 24, einzureichen. Es ist selbstverständlich, daß außer dem Ortsgruppenführer niemand Einblick in diesen eingereichten Lebenslauf erhalten wird. In absehbarer Zeit wird alsdann ein entsprechender Fragebogen gestellt. Ich erwarte die Einreichung der Lebensläufe bis zum 30. d. Mts.“

Die Liste derer, die im Dritten Reich als Parteibuchbeamte angestellt werden möchten und sollen, liegt leider nicht vor.

Die SA. wird finanziert.

Ein feudaler Bettelsack.

Für die aufgelöste SA. haben sich feudale Freunde gefunden, die sich um ihre Finanzierung bemühen. Frau Viktoria von Dirksen in Berlin schwingt für sie den Bettelsack. Sie hat Herrn Goebbels in ihren Salon gezogen und hat Frau Goebbels der Estronprinzessin Cecilie vorgestellt, und nun hoffen die feudalen Herrschaften alle, daß demnächst in Preußen

wieder das wilhelminische System ans Ruder kommen werde. Dafür kann man schon einmal betteln gehen. Als schreibt Frau von Dirksen:

„Erzengelz Frau Viktoria von Dirksen, Mitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, bittet um eine Gabe zwecks Unterstützung der Wohltätigkeitseinrichtungen der aufgelösten SA. und SS-Verbände wie Aachen, Lazarette, Unterkunftsräume für Arbeitslose, Hauspflege ... Quittungen gehen direkt durch das NS-Hilfswort zu.“

Da ist die Finanzierung einer aufgelösten Organisation geföhrt als Wohlfahrtsfürsorge getarnt. Der Kundige aber schaut hinter die Kulissen! Welche Ehre für die SA-Mitglieder, daß Erzengelz Viktoria von Dirksen mit guten Beziehungen zum Estronprinzen sich um sie bemüht! Man weiß, daß mehr als die Hälfte der SA-Mitglieder aus Rot-Front rekrutiert worden ist. Welches Glück für ehemalige Rotfront-Kämpfer, aus der Umgebung von Friedrich Wilhelm und Cecilie milde Gaben entgegennehmen zu dürfen!

Nazis provozieren Grenzzwischenfall.

Mit französischen Zollbeamten an der Saargrenze.

Wie aus Metz gemeldet wird, hat sich vor einigen Tagen eine Hitler-Bande in dem an der Grenze zwischen Saargebiet und der Rheinpfalz gelegenen Ortsteil Benschelbach eine ungläubliche Frechheit geleistet. Die französischen Zollbeamten in Benschelbach hatten einen Deutschen verhaftet, der Fahrradteile über die Grenze schmuggeln wollte. Während ein Zollbeamter sein Protokoll aufschrieb, drangen etwa 150 aus der Rheinpfalz gefommene Nazis unter dem Ruf „Heil Hitler!“ in das Zollgebäude ein und befreiten den verhafteten Schmuggler. Angesichts der drohenden Haltung der Nazis mußten die Zollbeamten das Gebäude räumen und sich auf französisches Gebiet flüchten. Am Montag hat der Vorsteher des deutschen Zollamts von Benschelbach die französischen Zollbeamten zurückrufen lassen, ihnen sein Bedauern über den Vorfall ausgesprochen und erklärt, daß er sie unter seinem Schutz nehmen werde.

Ist da auch das „System“ schuld?

Ueber 100 000 Reichsmark Fehlbetrag bei der mecklenburg-schwedischen Landeskirche.

Schwerin, 29. April.

Die mecklenburgische Landeskirche behandelt den Haushaltsplan der Landeskirche in zweiter Lesung. Im Hinblick auf die gegenwärtige Notlage und in der Absicht, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kirche sicherzustellen, wurde beschlossen, daß von den Einkünften der emeritierten 10 Prozent gestrichen werden sollen; desgleichen 2 1/2 Prozent von den Einkünften derjenigen Pastoren und Kirchenbeamten, die keine Kinder zu verpflegen haben. Ferner soll für die Witwenbezüge ein Höchstbetrag des Grundgehalts festgesetzt werden. Bei der Durchführung dieser Kürzungen soll aber auf die individuelle Lage der Betroffenen Rücksicht genommen werden. Leider war es auch nicht möglich, die Kirchensteueranteile der Gemeinden unangehastet zu lassen. Während die Gemeinden bis dahin 5 bis 10 Prozent aus dem Steuereinkommen ihres Bereiches erhalten konnten, zur Aufrechterhaltung ihrer sozialen Arbeiten, wird dieser Anteil jetzt auf 3 bis 8 Prozent beschränkt. Trotz aller dieser Kürzungen wird der Haushaltsfehlbetrag in Höhe von über 100.000 Mark noch bestehen bleiben.

100 Tage und 10 000 Flugzettel.

Antifaschistische Demonstration in Warschau.

Das „Teatr Narodowy“ (Nationaltheater) in Warschau hatte als große Sensation die Erstaufführung des Schauspiel „100 Tage“ von Benito Mussolini angedündigt. Trotz aller Preisereklame waren Parkett und sonstige besseren Plätze fast nur von geladenen Gästen, wie Regierungsvertretern, hohen Militärs und Diplomaten, mit dem italienischen Botschafter an der Spitze, besetzt. Das halbe Parkett war leer. Dagegen war besonders gut die Galerie besetzt, und zwar von der sozialistischen Arbeiterjugend des „Bund“.

Was für ein Interesse die Arbeiterjugend an Mussolinis Produkt hatte, zeigte sich bald. Kaum hatte die Aufführung begonnen, lag von der Galerie eine Lawine von Flugblättern. Der Text ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

Nieder mit dem Verfasser der „100 Tage“!
Nieder mit dem Henker der italienischen Arbeiterklasse!
Nieder mit dem Mörder von Matteotti!
Nieder mit dem Faschismus!
Es lebe die Freiheit! Es lebe der Sozialismus!

Warschauer Organisation des „Bund“.

Polizeigewalten sperren die Galerie und nahmen einige Behauptungen vor. Die Demonstration hatte einen starken Eindruck hinterlassen. Die polnische Presse durfte nicht darüber berichten.

Deutsches Künstlertheater.

Die Braut von Lorasto.

Das ungarisch-jüdische, in Wien und Budapest bereits erprobte Volkstüch von Dito Udwig, das im nunmehr rumänischen Stephenbürgen spielt, arbeitet mit allgemeinverstandenen und lebhafter Toleranzgedank. Im Mittelpunkt stehen die junge Braut, die infolge amtlicher Zeremonie für eine Jüdin erklärt wird, und der alte weise jüdische Wirt, der sich als der bessere Mensch erweist. Wert Hörbiger und vor allem Luise Ubrich sichern den Erfolg. D.

Das Bombenattentat am Wahlabend, dem der greise Bürgermeister und ein gleichfalls christlichsozialer Gemeinderat von Andriy (Steiermark) zum Opfer fielen, ist bisher nicht aufgeklärt. Es wurde nirgends auch nur ein Stück eines Sprengkörpers gefunden, weshalb man vermutet, daß es eine Gasbombe war, die nur eine ganz leichte Umhüllung hat. Man fand lediglich eine Papierhülle, einige Geden von Messingblech und eine Prokette, die zur elektrischen Zündung gedient haben kann. Die Gasbombe dürfte denen ganz ähnlich gewesen sein, die im Atelier des Heimwehrbombenfabrikanten Dr. Köhler gefunden worden sind.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
 Einwendungen für diese Rubrik sind
 bei den Redaktionsstellen zu richten
 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Arbeitsgemeinschaft sozialdem. Lehrer und Lehrerinnen, Bezirksgruppe Berlin.
 Wir beteiligen uns an der Maidemonstration der Sozialistischen Studentengruppe. Treffpunkt 11 1/2 Uhr Kleiner Tiergarten, Alt-Knoblich.

Sozialistische Studentengruppe Berlin.
 Sonntag, 1. Mai, Teilnahme an der Maidemonstration. Treffpunkt 11 1/2 Uhr Kleiner Tiergarten. Montag, 2. Mai, 17 Uhr im Saal des Bismarck-Hauses. Dienstag, 3. Mai, Besondere Veranstaltung der neuen Studentengruppe. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal. Donnerstag, 5. Mai, Besondere Veranstaltung der Studentengruppe. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal. Freitag, 6. Mai, Öffentliche Studentensammlung. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal. Samstag, 7. Mai, Besondere Veranstaltung der Studentengruppe. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal. Sonntag, 8. Mai, Besondere Veranstaltung der Studentengruppe. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.

Blindenaktion.
 Die beteiligten sind geschlossen an der Demonstration am 1. Mai im Kleinen Tiergarten. Treffpunkt 10 1/2 Uhr Kleiner Tiergarten, Alt-Knoblich. Streifenbahnhaltestelle an der Kottbuscher Platz.

Bei der letzten Aufgastisch-Ausgabe ist eine Stelle mit Futteral gefunden worden. Beide Seiten können im Zimmer 2 des Bezirkssekretariats genommen werden.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

1. Kreis, Lesung der Abrechnung der Kreisfaktoren der Arbeiterpartei am 1. Mai im Klub beim Genossen Rembold.
2. Kreis, Die Kreisfaktoren müssen am Sonntag beim Kreisfaktoren im Schülerhaus abgerechnet werden.
3. und 4. Kreis, Heute, 17 bis 18 Uhr, öffentliche Sprechstunde im Jugendheim Hohenschönhausen, 4. Gehweg zur Riesenaustraße!
5. Kreis, Alle Parteigenossen nehmen an der Demonstration am Sonntagvormittag im Kleinen Tiergarten teil. Antritt 11 Uhr auf dem Gendarmenmarkt. Banner und Fahnen aller Abteilungen müssen zur Stelle sein.
6. Kreis, Abfahrt zur Maidemonstration Sonntag, 10.45 Uhr, von Spandauer Platz.

- und von Spandauer Platz für 10.45 Uhr von Friedrichshagen für 10.45 Uhr, und 11.2.45 Uhr, 10.45 Uhr vom Bahnhof Grünau für die 120. und 137. Abt. Banner und Fahnen mitzubringen.
7. Abt. Die Kreisfaktoren zur Kreisfaktoren sind spätestens heute abend beim Kreisfaktoren abgerechnet.
 8. Abt. Die Kreisfaktoren rechnen die Kreisfaktoren (sonst, spätestens am Sonntag im Schülerhaus ab).
 9. Abt. Wir treffen uns um 11 Uhr im Kleinen Tiergarten, Alt-Knoblich. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.
 10. Abt. Alle Parteigenossen und Genossen treffen sich zur Maidemonstration Sonntag, 10.45 Uhr, im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.
 11. Abt. Einleitend zur Maidemonstration sind bei den Funktionären und bei den Parteigenossen, die nicht zu den Sammelplätzen ihrer Gewerkschaft gehen, treffen sich 10 1/2 Uhr Kottbuscher Platz, Anfechtstr. 135. Von da gemeinsam zum Reuterplatz.
 12. Abt. Heute, 17 bis 18 Uhr, Ausgabe der Kreisfaktoren für die erwerbslosen Parteimitglieder in der Spandauer.
 13. Abt. Die Parteigenossen und Genossen treffen sich zur Maidemonstration Sonntag, 10.45 Uhr, im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.
 14. Abt. Die Parteigenossen und Genossen treffen sich zur Maidemonstration Sonntag, 10.45 Uhr, im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.
 15. Abt. Die Parteigenossen und Genossen treffen sich zur Maidemonstration Sonntag, 10.45 Uhr, im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.
 16. Abt. Die Parteigenossen und Genossen treffen sich zur Maidemonstration Sonntag, 10.45 Uhr, im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.
 17. Abt. Die Parteigenossen und Genossen treffen sich zur Maidemonstration Sonntag, 10.45 Uhr, im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.
 18. Abt. Die Parteigenossen und Genossen treffen sich zur Maidemonstration Sonntag, 10.45 Uhr, im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.
 19. Abt. Die Parteigenossen und Genossen treffen sich zur Maidemonstration Sonntag, 10.45 Uhr, im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.
 20. Abt. Die Parteigenossen und Genossen treffen sich zur Maidemonstration Sonntag, 10.45 Uhr, im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.
 21. Abt. Die Parteigenossen und Genossen treffen sich zur Maidemonstration Sonntag, 10.45 Uhr, im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.
 22. Abt. Die Parteigenossen und Genossen treffen sich zur Maidemonstration Sonntag, 10.45 Uhr, im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.
 23. Abt. Die Parteigenossen und Genossen treffen sich zur Maidemonstration Sonntag, 10.45 Uhr, im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.
 24. Abt. Die Parteigenossen und Genossen treffen sich zur Maidemonstration Sonntag, 10.45 Uhr, im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.
 25. Abt. Die Parteigenossen und Genossen treffen sich zur Maidemonstration Sonntag, 10.45 Uhr, im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.

Fraueneranstaltung.
 125. Abt. Alle Parteigenossen treffen sich zur Maidemonstration Sonntag um 10 1/2 Uhr am Antonplatz.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.
 Freitag, 17. April, 10.45 Uhr, Besondere Veranstaltung der Kinderfreunde. Treffpunkt 10.45 Uhr im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 11 1/2 Uhr im Saal.

Fallentrost, Besondere Veranstaltung Sozialbau Friedrichshagen Sonntag 15 Uhr.
 Die Besondere Veranstaltung trifft sich 15 1/2 Uhr an ihrem Treffpunkt.
Kreuzberg, Besondere Veranstaltung, Fallentrost trifft sich heute zur Generalprobe um 16 Uhr im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 16 Uhr im Saal.
Kreuzberg, Besondere Veranstaltung, Fallentrost trifft sich heute zur Generalprobe um 16 Uhr im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 16 Uhr im Saal.
Schöneberg, Besondere Veranstaltung, Fallentrost trifft sich heute zur Generalprobe um 16 Uhr im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 16 Uhr im Saal.
Spandauer Platz, Besondere Veranstaltung, Fallentrost trifft sich heute zur Generalprobe um 16 Uhr im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 16 Uhr im Saal.
Völkische Partei, Besondere Veranstaltung, Fallentrost trifft sich heute zur Generalprobe um 16 Uhr im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 16 Uhr im Saal.
Wilmersdorf, Besondere Veranstaltung, Fallentrost trifft sich heute zur Generalprobe um 16 Uhr im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 16 Uhr im Saal.
Zoo, Besondere Veranstaltung, Fallentrost trifft sich heute zur Generalprobe um 16 Uhr im Saal des Bismarck-Hauses. Treffpunkt 16 Uhr im Saal.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation
 20. Kreis und 138. Abt. Unser frühestes Abteilungsleiter, Amtsstatt Genossin Kämpfer, ist nach längerem schweren Leiden verstorben. Eine seinem Andenken gewidmete Sitzung, 3. Mai, 15 Uhr, auf dem Friedhof in Henschendorf. Alle Parteigenossen werden gebeten, an der Beerdigung teilzunehmen.

Modeneinheiten aus unserem Grossen Jubiläums-Verkauf

Damen-Handschuhe
 Imit. Schweden mit breiter Schleppe, mit breiter Kante, gelb u. weiss, Paar 2,45
 Kunstseide mit elegant. Manschette, farbig, Paar 1,95
 Waschläder 2 Knöpfe, waschbar mit Wasser und Seife, Paar 2,90
Weisswaren
 Schalkragen Joppeltgeorgette, ausgebeigt, Valenciennegel, Spitzengarnierung, 2 Stück 1,35
 Kleiderpasser Joppeltgeorgette, ausgebeigt, 2 Stück 1,45
Damen-Strümpfe
 Jubiläums-Strümpfe 1. Wahl, Flor mit Kunstseide, flüchtig, elegant, Paar 1,50
 Jubiläums-Strümpfe 2. Wahl, aus d. beliebtesten Baumwoll-Kunstseide, Fern, Spitze, aus 4 Tischen Flor, sehr besond. haltbar, neueste Frühjahrsfarben, Paar 1,65
Fescher Damen-Hut
 mit Untergarnitur, feines, perlglänzendes, Stroh, naturfarbig 5,90
Mod. Matelotglocke
 aus feinstem italienischem Stroh, naturfarbig 4,90
Jugendl. Damenglocke
 aus modernem Ziegenstroh, naturfarbig 2,90
Neuartiges Filzberet
 mit Filzschleifengarnitur, in vielen Modelfarben 2,90
Damen-Sportschuhe
 braun, Boxart, Verjüngung, mit moderner Reptil-Garnitur, Paar 5,50
50 JAHRE H E R M A N N

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Montag, den 9. Mai, abds. 8 1/2 Uhr, in den Sophienhöfen, Saphienstraße 17/18
Ordentliche General-Versammlung unserer Verwaltungsstelle
 Tagesordnung:
 1. Rollenbericht.
 2. Bericht der Revisorin.
 3. Jahresbericht.
 4. Neuwahl zur Engeren Verwaltung.
 5. Beratung der an den Verbandstag gelangten Anträge.
 6. Stellungnahme zur Wahl der Abgeordneten.
 7. Zu Stellung der Kandidaten zum Verbandstag.
 8. In die Verwaltung gelangte Anträge.
 Zutritt nur gegen Vorweisung der Einladung, der Delegationskarte für die Generalversammlung und des Mitgliedsbuches.
 Ohne dieses kein Zutritt. Vertretung ist nicht zulässig. Die Ortsverwaltung.

KLEINE ANZEIGEN
 Überschriftswort 20 Pf., Textswort 10 Pf.
 Wiederholungsrabatt: 5 mal 5 %, 8 mal 7 1/2 %, 12 mal 10 %, oder 1000 Worte Abschluss 10 %, 2000 Worte 15 %, 4000 Worte 20 %.
 Annahme durch den Verlag, Lindenstraße 3 (10, 9 bis 5 Uhr), sämtliche Vorwärts-Fillialen u. Ausgabestellen sowie alle Annoncen-Expeditionen.

Theater, Lichtspiele usw.

staats Theater
 Sonnabend, den 30. April
Staatsoper Unter den Linden
 19 1/2 Uhr
Carmen

Winter Garten
 8.15 Uhr Flora 3434 (auch erlaucht)
Varieté-Revue
 „Fünf im Käsewagen“ mit Ehrlich, Halmay, Morgan, Taefmer, Böneland usw.
 Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen, 4 Uhr u. 8.15 Uhr, 4 Uhr kleine Pr.

Volksbühne
 Theater an Wollwitzplatz
 8 Uhr
„Liliom“
 mit Hans Albers

GROSSES SCHAUPIELHAUS
 Täglich 8 Uhr
DIE SCHÖNE HELENA
 MAX REINHARDT INSZENIERUNG

Th. im Admiralspalast
 Zum letzten Mal
 8 1/2 Uhr
Käthe Dorsch
 Gustaf Gründgens in **Liselott!**
 Singvokal v. Eduard Möncke

Richard Schmalbach
 im 50. Lebensjahre.
 Dies ergibt in dieser Tour an **Clara Schmalbach u. Kinder.**
 Berlin-Prig., den 29. April 1933
 Trauerfeier: Montag, den 2. Mai, 10 1/2 Uhr, im Arcadestium Griesstr. 27/28.

Schauburg
 Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr
Die endlose Straße

HAUS VATERLAND
Restaurants
 BERTRIED KEMPINSKI

Theater
 a. Nollendorfpark
 Pallas 7051
 Vorletzte Aufführung!
 8 1/2 Uhr, Stg. 4 1/2 Uhr
Traum einer Nacht
 Operette in 3 Akten
 Regie: Helmut Saltenberg
 Rundfunkh. Halb-Pr. Stg. 4 1/2 Uhr kl. Pr.

CASINO-THEATER
 Lothringer Straße 37.
 Sonntag, den 1. Mai, letzte Vorstellung vor Schluss der Spielzeit
Operetten-Schlager: „Peppina“
 Großer Preisabgabe! Park u. Rang Seite nur 0.50, Faut. u. Rang Mitte 0.75, Sperrplatz u. Balkon 1.—, Logen u. Sessel 1.50

Theater in der Stresemannstr.
 Zum letzten Mal
 8 1/2 Uhr
Joels Rühmann
Oer Mustergatte
 Schwank in 3 Akt.

metropo-Theater
 Zum letzten Mal
 8 1/2 Uhr
Curt Götz in **Zirkus Aimee**
 Operette von Curt Götz, Musik von Benatzky

Stadt. Oper
 Charlottenburg, Jüdenstraße 4
 Sonnabend, 30 April
Friedemann Bach

Joseph Piaut:
 Der Raub der Sabinerinnen
 Tilla Durieux, Erika Wagner

Theater des Westens
 Täglich 8 1/2 Uhr
Joseph Piaut:
 Der Raub der Sabinerinnen
 Tilla Durieux, Erika Wagner

Lesing-Theater
 Zum letzten Mal
 8 1/2 Uhr
Das Theater der Schauspielerei
Maria Stuart
 Tilla Durieux, Erika Wagner

Blumenspenden
 jeder Art
 liefert preiswert
Paul Golletz
 vormals Robert Meyer
 Mariannenstr. 3
 F. B. Oberbaum 1303

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Prüfer **Otto Fritz**
 geb. 11. Oktober 1890, am 27. April gestorben ist
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. April, 11 1/2 Uhr, im Saal des Bismarck-Hauses, Kreuzberg, statt. Bitte um Teilnahme. Bitte um Beteiligung erbeten.
 Die Ortsverwaltung.

Auf zur Baumbliüte nach Werder!
 Extra-Züge ab Potsdamer Bahnhof Extra-Dampfer
 Parteienossen finden freundl. Aufnahme, sehr gute Küche 15 Mark, Garten mit Leseviese direkt am Hause, nahe Wald und Bahnstation. Schwimmbad vorhanden. Pension 3.50 täglich, keine Nebenkosten. **Albert Karga, Luftkurort Harrichhausen (Hers),**

Rund um den Schwielowsee.

Einer der merkwürdigsten Seen in der näheren Umgebung Berlins ist der Schwielowsee, der sich über eine Fläche von 5 Kilometer Länge und 2 Kilometer Breite erstreckt. Dieser See ist das Geschenk eines gewaltigen Hochwassers, das die Fluten der Havel über den Damm hinwegtrieb, der die in einer Senke liegenden Wiesen schützte. Dort, wo heute die vom Winde hochaufgeschaukelten Wellen des Schwielowsees wogen, waldeten einst friedlich die Herden der Havelanwohner. Die vielen Untiefen des Sees zeigen noch heute, daß es ein hügeliges, abwechslungsreiches Gelände war, das dem Einbruch der aufgestauten Havelwasser erlag. Trotz der großen Nähe Berlins sind die Ufer des Schwielowsees verhältnismäßig einsam und reizvoll geblieben. Außer dem märkischen Obisdorf Caputh, das längst auf dem Wege ist, ein moderner Kurort zu werden, und Ferch, das am Ende des Sees idyllisch zwischen Wasser, Wald und Wiesen eingebettet liegt, finden wir nur das durch die Kähne zu traurigem Ruf gelangte Pehow an den Ufern des weitgestreckten Wassers. Manche Ausländer hat die Schönheit dieser Waldwasserlandschaft begeistert gepriesen, die in der Tat einen Höhepunkt märkischer Landschaftsschönheit darstellt.



Schilfbewachsenes Ufer am Schwielowsee.

Der Vorortzug fährt ab Potsdamer Bahnhof oder von der Stadtbahn nach Potsdam. Wir wandern durch die Leipziger Straße am Forsthaus Sternschänke vorbei zur Havelhäufee, die am Forsthaus Tempeln vorüber nach Caputh führt. Ein anderer Weg führt zum Potsdamer Luftschiffhafen. Bis hierher kann man auch ab Potsdamer Bahnhof mit der Straßenbahn fahren. Nun auf der schönen Havelhäufee bis zum Bezinsee und von hier zur Fähre nach Caputh. Etwa einen halben Kilometer hinter der Ueberfähre kann man links zum Krähenberg aufsteigen, der mit seiner Höhe von 75 Meter einen guten Überblick über die herrliche Landschaft bietet. Am Fuße des Berges liegt der Caputher See. Nach Norden, Nordosten und Südwesten dehnt sich die breite Wasserfläche der Havel aus, die von einem Kranz dunkler Wälder umrandet sind: Ein zauberhaftes, einprägendes Bild. Nun führt der Weg wieder hinab ins Dorf, das sich auf fast 4 Kilometer am Wasser entlangzieht. Bald ist die Försterei Hüttstelle erreicht. Nach Pehowen kann man auf schattigen Waldwegen der Fercher

Höhen oder am Ufer des Schwielowsees entlang nach Ferch wandern. Wer einen kleinen Umweg nicht scheut, möge einen Abstecher zu den beiden Viennawiger Seen machen, die etwa 1 1/2 Kilometer vom Ufer des Schwielowsees entfernt, fast in der Mitte zwischen Caputh und Ferch liegen. Ferch hat noch zum Teil seine ländliche Schlichtheit bewahrt, obgleich es immer mehr zu einer beliebten Sommerfrische wird.

Von Ferch kann man mit dem Dampfer die Rückfahrt über Potsdam antreten oder auf dem anderen Ufer des Schwielowsees, das prächtige Blicke auf die Fercher Berge gewährt, über Baumgartenbrück und Gellow nach Potsdam zurückwandern. Ein anderer sehr lebhafter Rückweg führt in südöstlicher Richtung durch herrlichen Hochwald nach der rund 7 Kilometer entfernten Pflanzstation Beelitz-Heilstätten, die noch zum Berliner Vorortbereich gehört. Die hier befindlichen Heilstätten wurden in den Jahren 1898 bis 1902 nach den Plänen von Schmiede und Werke im Pavillonssystem erbaut. Welt über tausend Genesungssuchende können hier untergebracht werden. Zum Schluß möge man auf den Weg von Ferch über die Fercher Berge hinweg, an den Viennawiger Seen vorbei nach Ribesdorf hingewiesen werden, von wo ebenfalls mit der Vordorbahn die Heimfahrt angetreten werden kann.

Belegungen: Potsdam—Ferch zirka 14 Kilometer; Ferch—Beelitz-Heilstätten 7 Kilometer; Ferch—Ribesdorf 7 Kilometer.

Naziterrorbanden in Steglitz. Ganze Stadtviertel unter der Fuchtel der Hakenkreuzler.

Schon nach der ersten Präsidentenwahl wurden unserem Genossen Hermes in Steglitz von den dortigen Nationalsozialisten mehrere Fenster seiner Wohnung mit Plastersteinen eingeworfen, weil er am Tage der Wahl seinen Balkon mit schwarzrotgoldenen Fahnen und einem Schild „Wählt Hindenburg“ geschmückt hatte. Trotzdem dekorierte unser Genosse seinen Balkon bei der zweiten Präsidentenwahl in derselben Weise und erhielt am nächsten Tag von Nationalsozialisten eine Drohkarte, in der ihm die Beschlagnahme seiner Wohnung vorgeworfen und ihm mitgeteilt wurde, daß Adolf Hitler ihm sofort nach der Wächtergreifung einen Baj ins Ausland zustellen würde. Auch hieron nicht abgesehen, wurde bei der Freizugwahl der Balkon wiederum mit schwarzrotgoldenen Fahnen dekoriert und mit einem breiten Band „Friede, Freiheit, Brot durch Lüste!“ und eine Anzahl SPD-Plakate. Hierüber gerieten die Nationalsozialisten vor den arroharten Wahllokalen in sinnlose Wut, stießen laute Schmährufe aus und drohten, den Genossen Hermes bei nächster Gelegenheit kalt zu machen. Zwei Tage nach der Wahl befand sich im Lauenburger Viertel eine Rotte von 11 Nationalsozialisten, die harmlose Passanten auf der Straße nach Waffen durchsuchten, ihnen Papiere abnahmen und sie anderweitig belästigten; sie warfen auf Kommando sieben Plastersteine gegen die Fenster der Wohnung des Genossen Hermes und zerstückelten die Stäbchenjalousie sowie die Fenster. Die sofort alarmierte Polizei konnte bisher nur eine Person feststellen, doch ist aus der betreffenden Rotte von einem der Durchsuchten eine Persönlichkeit erkannt worden.

Wann wird der nationalsozialistische Terror in Steglitz, der sich bisher dort ungehindert breit machen durfte, mit energischen Mitteln unterdrückt werden? Es ist auffallend, daß in Steglitz die SA-Männer uniformiert und mit Abzeichen umherschlagen in Gruppen auf der Straße umhergehen können.

Berliner Etat 1932.

Ausgaben 1 009 780 490, Einnahmen 896 313 290 M.

Der Magistrat verabschiedete am Freitag in einer außerordentlichen Sitzung den Haushaltsplan für das Etatsjahr 1932/33. Nach den vorläufigen Beschlüssen des Magistrats schlägt der Haushaltsplan in Ausgabe mit 1 009 780 490 Mark und in Einnahme mit 896 313 290 Mark ab.

Ein Ausgleich des Haushaltsplans war infolge der durch die Wirtschaftskrise verursachten Steuerrückgänge und Mehrbelastungen auf dem Gebiete der Wohlfahrt nicht möglich. Es sind daher durch den Städtetag und den Oberbürgermeister Verhandlungen mit Reich und Preußen angeknüpft worden mit dem Ziel einer Entlastung der städtischen Finanzen durch eine anderweitige Regelung der kommunalen Arbeitslostenfürsorge.

Nach Abschluß dieser Verhandlungen und nach erneuter Beschlußfassung des Magistrats, wird der Oberbürgermeister den förmlichen Antrag auf Festsetzung des Stadthaushaltsplans nachreichen. Diese von dem üblichen Verfahren abweichende Form der Vorlage wählt der Oberbürgermeister, um der Stadtverordnetenversammlung möglichst frühzeitig Gelegenheit zur Beratung des Haushalts zu geben.

Betrügereien beim Wohlfahrtamt Mitte. Fünf junge Leute verhaftet — Vorsteher vom Amt suspendiert

In der Zahlstelle des Wohlfahrtsamts Mitte in der Mulastraße sind seit umfangreiche Betrügereien aufgedeckt worden. Bei einer Kontrolle hat es sich herausgestellt, daß seit etwa einem halben Jahr eine große Anzahl von Personen gefälschte Papiere vorlegten und daraufhin erhebliche Unterstufungen bezogen haben. Die Kriminalpolizei beobachtete die Zahlstelle und nahm gestern fünf junge Männer fest. Diese haben, wie festgestellt, monatlich je 88 Mark bezogen. Die Prüfung der Unterlagen auf der Zahlstelle hat ergeben, daß die Zahl der Betrüger erheblich größer ist. Der Vorsteher der Zahlstelle ist bis zur völligen Klärung der Affäre vom Dienst suspendiert. Es ist eine umfangreiche Untersuchung eingeleitet worden.

Tödliche Revolverspielerei.

Gefängnis für Heimleiterin und 18-jährigen Schüler.

Die tragischen Folgen eines leichtfertigen Spiels mit Schusswaffen beschäftigte das Schöffengericht Schöneberg. Eine 17-jährige Haushaltschülerin G. hat ihr Leben lassen müssen. Angeklagt sind wegen fahrlässiger Tötung der 18-jährige Schüler Gerhard St., die Oberin des Heims, in dem das Unglück geschah, Frau K. und deren Stellvertreterin Frau A. Beiden wird der Vorwurf gemacht, daß sie die erforderliche Sorgfalt unterlassen hatten.

Die Knorrbremse unterhält in Nieblum auf Fähr für die Kinder der Arbeiter ein Erholungsheim. Am 20. Oktober v. J. mußte die Oberin des Heimes, Frau K., auf einige Tage verreisen. Ihren Browning, für den sie einen Woffenschein besitzt, schloß sie in der Dachkammer in einen Woffenschein ein, den Schlüssel legte sie ins obere Schubfach und hat ihre Stellvertreterin, Frau A., den Schlüssel an sich zu nehmen. Diese vergaß, dies zu tun. Im Heim weilte der 18-jährige Schüler Gerhard St. Er hatte schon früher sich hier etwa siebenmal aufgehalten, half in der Wirtschaft und bereitete sich zur Reifeprüfung vor. Zufällig schlief er in der Nacht vom 22. zum 23. Oktober in der Dachkammer. Nachts hörte er draußen ein verdächtiges Geräusch, die Gänge schnatterten aufgeregt, er nahm den Revolver, den er tags zuvor im Woffenschein entdeckt hatte, und

ging auf den Hof hinaus. Hier stieß er auf Frau K., die gleichfalls vom verdächtigen Geräusch aus dem Schlaf gekört worden war. Als sie in Gerhards Hand den Revolver sah, machte sie ihn hochhalten und bestahl die Waffe sofort in den Verwahrungsart zurückzugeben. Die Anordnungen der Oberin führte sie aber auch jetzt nicht aus. Am 24. Oktober wachte Gerhard am Nachmittage nach dem anderthalb Stunden entfernten gelegenen Hof Belorgungen machen. Der Weg führte durch ein Wäldchen. Er konnte erst gegen 8 Uhr abends zurück sein. Angeblich zu seinem Schutze, eher aber aus Neugier, nahm er den Revolver an sich. Er begab sich in die Küche, den Revolver noch in der Hand und als er ihn in die Gefäßtasche stecken wollte, trachte ein Schuß. Die 18-jährige Haushaltschülerin G., die eben noch mit der Schülermütze auf dem Kopfe froh gekichert hatte, brach tödlich getroffen zusammen. Dem 18-jährigen Gerhard ist der Tod der Fünfzehnjährigen sehr nahe gegangen. Bei der Schilderung des Vorfalles weinte er. Auf der Zeugenbank sitzen die Eltern der getöteten G. und der Vater des angeklagten Schülers und wischen sich die Tränen.

Der Vorsitzende verlas ein Schreiben der Eltern der getöteten Fünfzehnjährigen, in dem sie das Gericht bat, von einer Strafe abzusehen. Die Mutter G. erklärte, daß sie gegen die am Tode ihrer Tochter Schuldigen keinen Groll hege. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Heimleiterin K. fünf Monate Gefängnis, gegen den Schüler St. drei Monate, für die Oberin dagegen Freispruch. Das Gericht sprach die Oberin frei und verurteilte die beiden anderen zu je sechs Wochen Gefängnis unter Zustimmung einer Bewährungsfrist.

Wir fragen Sie heute:

Sollen wir das volle Format unserer Juno verringern, mindere Tabake verwenden, nur um wesensfremde Zugaben beilegen zu können?

Worauf legen Sie Wert?

Doch wohl darauf, dass

JUNO

die alte bleibt.

Jede Zugabe in Form von Gutscheinen, Wertmarken oder Stickereien müßte aber unsere Juno in irgendeiner Form beeinträchtigen!

Das wollen weder Sie noch wir.



Der Kampf gegen das System.

Heraus zur Feier am 1. Mai.

Ein Augenstehender würde sich mächtig wundern, wenn es ihm gelingen könnte, einen tieferen Einblick in das innere Leben der Sozialdemokratie zu bekommen. Ein gewissenhafter Beobachter weiß freilich, daß es in den sozialdemokratischen Kreisen keine Verzweiflung, keine Mutlosigkeit gibt. Wie stark die Schlagkraft der Sozialdemokratie auch in dieser Zeit der furchterlichen Arbeitslosigkeit und der erdrückendsten Not ist, haben die Wahlkämpfe der letzten Zeit gezeigt. Die Annahme scheint aber nahezu liegen, daß die sozialistische Bewegung in ihrer unabweislichen Kampfbereitschaft doch ausschließlich auf die Abwehr eingestellt sei, daß sie keinen anderen Gedanken habe als den, wie man den siegreichen Vormarsch des Faschismus aufhalten könnte. Darin erschöpft sich aber die Stimmung und die geistige Arbeit in der Sozialdemokratie keineswegs.

Der Abwehrkampf gegen den Faschismus ist zweifellos unsere dringendste Aufgabe, auf die wir unseren Willen konzentrieren. Wir, die nicht umsonst durch die marxistische Schule gegangen sind, wissen aber, daß sich die historische Perspektive unserer Bewegung nicht in einer, auch der dringendsten, Aufgabe innerhalb einer politischen Situation erschöpft. Wir wissen, daß

für die sozialistische Bewegung auch die schwierigsten Abwehrkämpfe einen Teil der gewaltigen Offensive der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ordnung

darstellen. Und wir wissen deshalb, daß in einer so kritischen Zeit wie dieser eine klare Vorstellung von unseren passiven Aufgaben erst recht not tut. Für uns gibt es keine Alternative: entweder mit aller Kraft den Abwehrkampf gegen den Faschismus zu führen oder an den Plänen der Umgestaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung zu arbeiten. Wir tun beides, weil die beiden Aufgaben für uns in keinem Widerspruch zueinander stehen, sondern vielmehr die beiden Seiten der gleichen historischen Aufgabe der Arbeiterbewegung sind.

Die Probleme des sozialistischen Umbaus der Gesellschaft werden seit Monaten in den sozialistischen Kreisen von allen Seiten durchdacht und durchgesprochen. Ein Teil dieser Arbeit hat seinen Niederschlag im Wirtschaftsprogramm des A.F.A.-Bundes gefunden. Man wird sagen: Ist das wirklich aktuell in der Zeit, in der der Faschismus die Existenz der deutschen Demokratie und der deutschen Arbeiterbewegung selbst bedroht, in der sogar die wichtigsten Positionen der Demokratie, wie die demokratische Regierung in Preußen, vor der Gefahr stehen, vom Faschismus umlagert und vielleicht gestürzt zu werden? Jambö! Es ist höchst aktuell, sich den Kopf über die Probleme der Umgestaltung der Wirtschaftsordnung zu zerbrechen, da wir nicht nur das Anwachsen der faschistischen Bewegung und die Bedrohung der Demokratie erleben, sondern auch manche andere Dinge. Wir sehen die Gefahren für die Demokratie und für die Existenz der Arbeiterbewegung. Uns darf wahrhaftig nicht vorgeworfen werden, daß wir diese Gefahren unterschätzen und nicht energisch genug gegen sie kämpfen.

Wir übersehen aber nicht, daß die kapitalistische Welt in ihren Grundlagen aufs tiefste erschüttert ist, daß die Wirtschaftsordnung, die ihre körperlichen Möglichkeiten verbraucht hat und nicht mehr imstande ist, die von ihr ins Leben gerufenen Kräfte zu bändigen, reif zum Abbruch geworden ist.

Wir übersehen nicht, daß die breitesten Massen weit über die sozialistische Arbeiterschaft hinaus im Grunde genommen gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem rebellieren, ein beträchtlicher Teil aber sich durch die Verdammung des „Systems“ irreführen läßt. Wir wissen, daß das Verlangen so vieler „Wirtschaftsführer“ in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum kein unerklärlicher Zufall, sondern ein unumkehrbares Zeugnis des Zerfalls des Systems ist.

Die Parole „Kampf gegen das System“ haben die Nationalsozialisten bei uns gestohlen. Der Kampf gegen das kapitalistische System war der wesentlichste Inhalt unserer Bewegung seit ihrer Begründung.

Um das kapitalistische System zu retten, mißbrauchen die Faschisten unseren Kampf.

Setzt wollen sie uns unsere Maitzen nehmen, die Feier des Kampfes gegen das kapitalistische System und der Solidarität des arbeitenden Volkes in der ganzen Welt, die Feier des Friedens und des sozialistischen Weltes. Herr Magges verbietet unsere Maitzen in Braunschweig. Der „Angriff“ prophezeit, daß die diesjährigen Maitzen die letzten roten Maitzen sein werden. Der „Angriff“ ist freilich das Blatt des großen Propheten unserer Zeit, Herrn Goebbels.

Goebbels hat ferner prophezeit: Adolf Hitler wird Reichspräsident! Sein Organ prophezeit: In der Zukunft keine sozialistischen Maitzen mehr! Also ist es sicher, daß die sozialistischen Maitzen nicht verschwinden werden. Genau so sicher wie die Tatsache, daß der deutsche Reichspräsident nicht Adolf Hitler heißt.

Niemand von uns täuscht sich darüber, daß die Maitzen in diesem Jahre in eine Zeit der größten wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten und der schwersten Opfer fällt. Wir feiern nicht, um uns über die bestehenden Zustände zu freuen, sondern um uns im Kampfe gegen diese Zustände, gegen das System der kapitalistischen Planlosigkeit, den Menschen entwürdigenden Wirtschaft nach enger Zusammenzuschließen. Deshalb heißt es im Aufruf der Partei:

„Faschismus ist Knechtschaft. Wir demonstrieren für die Freiheit!

Faschismus ist die Diktatur des Kapitals. Wir demonstrieren für den Sozialismus!“

Wie vielleicht noch niemals früher, wird unsere diesjährige Maitzen von sozialistischem Geiste erfüllt sein. Der Sozialismus hört auf, nur das Zukunftsideal zu sein. Er wird uns, als Aufgabe, in seinen konkreten Umrisßen, in seinen Einzelheiten greifbar und vertraut. Das Innere des kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus ist in dieser Krise so durchsichtig wie nie früher gewesen. Wir sehen die einzelnen Teile auseinanderfallen, wir sehen, wodurch die gewaltigen Störungen entstehen und woran es liegt, daß ein Wirtschaftssystem, welches man für einen wunderbar kunstvollen Mechanismus hielt, seine innere Anpassungsfähigkeit, seine selbsttätige Heilkraft in einem so erschreckenden Maße verliert.

Diesem „System“ fehlt eben ein System, ihm fehlt das Planvolle und das Systematische im wahren Sinne des Wortes.

Dem System der kapitalistischen Herrschaft, das die Menschen zu Werkzeugen des Gewinn- und Machtstrebens der einzelnen macht, muß das System des wirtschaftlichen Handelns, also Anpassung der Wirtschaft an die Bedürfnisse der Menschen fehlen. Wer das eingesehen hat — und dazu braucht man nur nicht verblendet zu sein —, der muß, wenn er sich nicht demüßigt zum Knecht oder Landsknecht der Kapitalisten machen will, sich unserem Kampfe gegen das kapitalistische System für planmäßige sozialistische Wirtschaft, gegen die Knechtschaft unter dem Faschismus, für die Freiheit in der Demokratie und im Sozialismus anschließen.

Der Kampf um den Weltmarkt.

Deutschlands schwere Exportverluste im 1. Quartal 1932.

Die anhaltende Drosselung des Welthandels durch Verschärfung der internationalen Krise und die vielfachen Abperrungsmahnahmen durch Zollerrhöhungen und Kontingentierung haben den deutschen Export seit Anfang des Jahres in eine außerordentlich schwierige Lage gebracht. Erschwert wurde die Situation des deutschen Außenhandels noch durch die Währungszerstückelung in zahlreichen Ländern.

Wie das Statistische Reichsamt jetzt feststellt, ist der Wert der deutschen Ausfuhr in den Monaten Januar bis März dieses Jahres gegenüber dem letzten Quartal 1931 um 32,1 Prozent auf 1606,2 Millionen Mark gesunken. Der Rückgang gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres erreicht sogar 33,6 Prozent. Die Einfuhr ist gleichfalls stark gesunken, und zwar um 14,7 bzw. 33,2 Prozent gegenüber den genannten Zeitabschnitten. Der Anteil Europas an der Einfuhr nach Deutschland verringerte sich im Vergleich mit dem letzten Quartal 1931 von 59,5 auf 54,2 Prozent und an dem Export aus Deutschland von 84,1 auf 81,3 Prozent.

Der außerordentliche Rückschlag, dem der deutsche Export in dem ersten Vierteljahr 1932 im Vergleich mit den Monaten Oktober bis Dezember 1931 ausgesetzt war, wird durch eine Senkung des Exportes um 790 auf 1606 Mill. Mark gekennzeichnet. Die Ausfuhr nach Europa ging am stärksten, nämlich um 34,4 Proz. zurück, nach Amerika um 23,7 Proz., nach Australien um 22,5 Proz., nach Afrika um 18,4 Proz. und Asien um 15,1 Proz. Die Entwertung vieler ausländischen Wälvuten hat wesentlich zu diesen Rückschlägen im deutschen Export beigetragen. So ging der Export nach Großbritannien in der genannten Vergleichszeit um mehr als 55 Proz. zurück, da hier infolge der damals im Gange befindlichen Aufrichtung der Zollmauern der Export aus Deutsch-

land durch Voreindellungen stärker als gewöhnlich in die Höhe getrieben war.

Besonders stark Verluste erlitt der deutsche Export auch in Finnland mit einem Rückgang von 54 Proz. sowie in Schweden und Dänemark mit einer Minderausfuhr von 44,5 Proz., die gleichfalls sämtlich ihre Währung vom Goldstandard losgelöst hatten. Die Ausfuhrverluste Deutschlands gehen überwiegend zu Lasten des Exportes an Fertigwaren. Diese sind z. B. in Großbritannien bei einem Gesamtumfang des deutschen Exportes von 184 Mill. mit rund 169 Mill. Mark beteiligt. Der größte Käufer Deutschlands im ersten Quartal d. J. war die Sowjetunion mit 181,4 Mill. Mark, der dicht auf Holland mit 166,8 Mill. folgt.

Ungenügende Zollsenkung.

Weizenzoll 18 Mark, aber nur für 15 Proz. des Verbrauchs

Im „Reichsanzeiger“ vom 29. April wird eine Verordnung veröffentlicht, nach der der Weizenzoll bis zum 30. Juni auf 18 Mark je Doppelzentner ermäßigt wird, aber nur für 15 Prozent der Menge, die die in Frage kommenden Mühlen in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1930 vermahlen haben. Ferner wird bekanntgegeben, daß der Vermahlungszwang bis zum 15. August im alten Ausmaß bestehen bleibt.

Sehr spät und in völlig ungenügendem Ausmaße hat Herr Schiele jetzt endlich die Weizenzollsenkung verordnet, wozu er nach den gesetzlichen Bestimmungen und nach der Versorgungslage des Inlands mit Weizen längst verpflichtet war. Wir hätten vor wenigen Tagen davon hingewiesen, daß eine Zollsenkung von 25 auf 18 Mark je Doppelzentner durchaus ungenügend sei, nachdem der Weizenpreis in den letzten Wochen so stark gestiegen war.

Auch mengenmäßig trägt diese Verordnung den tatsächlichen Verhältnissen keinerlei Rechnung. Zwar ist die geplante Begrenzung der Zollermäßigung auf 100 000 Tonnen Weizen fallengelassen worden. Dafür wird aber die Kontingentierung in anderer Form eingeführt. Berücksichtigt werden nur diejenigen Mühlen, die schon früher Auslandsweizen vermahlen. Von der Gesamtmenge an Inlands- und Auslandsweizen, die diese Mühlen in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1930 vermahlen haben, dürfen 15 Prozent zum niedrigen Zolltarif eingeführt werden — das werden etwas mehr als 100 000 Tonnen sein, angesichts der Schätzung des Einfuhrbedarfs auf etwa 300 000 Tonnen also viel zu wenig.

Die von uns mehrfach im Interesse der Roggenwirtschaft, der Schweine- und Geflügelzüchter geforderte Verbilligung der Futtermittel ist in geringem Ausmaße erfolgt. Der Verwaltungsrat der Reichsmalsstelle hat beschlossen, den Maispreis um 10 Mark je Tonne zu ermäßigen, so daß jetzt die Tonne Donau-Mais 14 Mark, die Tonne Plata-Mais 155 Mark kostet.

Die ganze Zerfahrenheit der deutschen Getreidepolitik spricht auch aus einer Wahnahme der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft, durch die jetzt auch bei Roggen ein teilweiser Verwendungszwang eingeführt wird. Die ostpreussischen und pommerischen Mühlen erhalten verbilligten Auslandsroggen nur noch unter der Bedingung, daß sie über die Provinzgrenzen hinaus nur solches Roggenmehl verkaufen, das mindestens zu 50 Prozent aus Inlandsroggen besteht.

Vor neuen Zinskämpfen.

Am Montag wird der Zentrale Kreditausschuß zusammentreten, um über die neuen Zinsfrage nach der letzten Diskontsenkung der Reichsbank zu beraten. Das Berliner Bankentartell, die Stempelvereinigung, hat am Donnerstag zunächst nur vorläufige Beschlüsse über die Angleichung der Zinsfrage gefaßt und die Debitzinsen sowie die Einlagezinsen auf Scheckkonto um ½ Proz. gesenkt.

Heftige Kämpfe werden in der bevorstehenden Sitzung des Zentralen Kreditausschusses wieder um den Sparkassenzins entbrennen. Bekanntlich haben die Banken schon bei der vorletzten Diskontsenkung der Reichsbank nichts unterlassen, um mit der Senkung ihrer Habenzinsen auch einen Abbau des Sparkassenzinslages zu erreichen. Es ist zu erwarten, daß sie diesmal ihre Angriffe mit verstärkter Wucht erneuern. Die Sparkassen stehen, wie wir hören, nach wie vor auf dem Standpunkt, daß an dem bisherigen Normalzinsfuß von 4 Proz. festgehalten werden muß. Ihre Auffassung werde durch die tatsächlichen Verhältnisse gerechtfertigt, denn der Zinsfuß von 4 Proz. muß bei der gegenwärtigen Lage des Kapitalmarktes als niedrig bezeichnet werden. Die Effektivverzinsung bei Pfandbriefen und Anleihen betrage zur Zeit mindestens das Doppelte und bei bestimmten Anleihearten sogar das Vielfache der Verzinsung der Sparkassenzinsen.

SALAMANDER arbeitet mit voller Belegschaft
Tagesproduktion heute mehr als doppelt so groß wie 1914

Niedrigster Preis: **1914 •• 12⁵⁰**
JETZT •• 9⁷⁵
und immer die gleiche Salamander-Qualität!



SALAMANDER
DIE GRÖSSTE DEUTSCHE SCHUH FABRIK

Schließt die Kampffront!

Was die KPD. tut und wohin die KPD. führt.

Nach den Brauereiwahlen veröffentlichte die KPD. gegen-gezeichnet von der KPD., einen Aufruf, in dem unter anderem behauptet wurde, daß die KPD. und ihre KPD. „siegreiche Streiks“ geführt und organisiert hätten und auch in Zukunft diese Tätigkeit fortsetzen würden.

Unser Leser werden sich noch erinnern, daß die KPD. in der „Roten Fahne“ vom 13. Januar d. J. eine Zusammenfassung veröffentlichte über „101 siegreiche Streiks der KPD.“. Wir haben damals Stichproben vorgenommen, um nachzuprüfen, ob und wie weit die Angaben der KPD. mit den Tatsachen übereinstimmen. Wir haben damals festgestellt, daß es sich bei diesen Streiks entweder um Bewegungen betrieblicher Natur handelt, die von den Gewerkschaften oder dem freigewerkschaftlichen Betriebsrat geführt wurden, und daß, soweit die KPD. selbst die Finger dabei hatte, die Bewegungen mit einer Niederlage endeten. Wir haben weiter festgestellt, daß eine Reihe dieser „siegreichen Streiks“ überhaupt nie stattgefunden haben, ja daß Ortsgruppen angegeben wurden, die gar nicht existieren. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat durch seine Organisationen

über diese angeblichen siegreichen KPD.-Streiks eine Erhebung durchgeführt und veröffentlicht das Ergebnis dieser Erhebung in einer Broschüre: „Siegreiche KPD.-Streiks“ (Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1932). Streik für Streik wird nach der Veröffentlichung in der „Roten Fahne“ angeführt und daneben das Ergebnis der Erhebung gestellt. Wir greifen aus dem Material nur einige Fälle heraus:

Die „Rote Fahne“ behauptete: „Stumpfenfabrik König, Gallingen (Baden): Gegen 20 Proz. Lohnabbau. Weiterzahlung der alten Löhne erreicht.“

Dazu erklären die Betriebsräte der Firma, daß ein Streik niemals geführt worden ist und daß der Betrieb bereits am 31. Oktober 1931 stillgelegt wurde.

Die „Rote Fahne“ behauptete: „Hanau (Main) Fuhrpark KPD. erreichte, daß für Arbeitszeitverkürzung von 50 auf 48 Stunden 6 M. Lohnausgleich gezahlt werden.“

Tatsächlich ist bei der Müllabfuhr (nicht im Fuhrpark) die Arbeitszeit von 40 auf 48 Stunden die Woche verlängert worden, wofür insgesamt 1,50 M. vergütet wurde. Also Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich.

Die „Rote Fahne“ behauptete: „H. Wählig, Brief-fabrik und Kerzenfabrik Töpsen, Leuchern: Fünftelprozentiger Lohnabbau durch Kompensationslohn bis 1. Februar abgemindert.“

Tatsächlich wurde entsprechend der Notverordnung der Lohn

um 15 Proz. getürzt. Es gab weder eine Kampfentschlossenheit noch eine Abwehr.

Die „Rote Fahne“ behauptete: „Leipziger Baumwollspinnerei: Angesichts Streikabstimmung Kündigung von 600 Schichtarbeitern um vier Wochen zurückgestellt.“

Tatsächlich hatte die KPD. am 9. November einen wilden Streik vom Jaune gebrochen. Am 16. November meldeten sich bereits 600 Unorganisierte zur Arbeit zu den verschlechterten Bedingungen. In der Zwischenzeit erfolgte ein Schiedsspruch.

Etwa 250 Anhänger der KPD. blieben auf der Straße, während die übrigen Unorganisierten unter Fortfall der bisherigen Sondervergütungen die Arbeit aufgenommen hatten.

Wir müssen uns schon aus Raumgründen verlagern, eine größere Anzahl von „siegreichen Streiks“ zu zitieren. Wir wollen aber aus der Broschüre dann noch einige Fälle anführen, die sich auf Betriebe beziehen, wo die KPD. und die KPD. unumjährt herrschen. So hat die City-Druckerei, Berlin, wo die „Rote Fahne“ gedruckt wird und die Eigentum der KPD. ist, ohne Widerspruch des kommunistischen Betriebsrats 50 Buchdrucker und Hilfsarbeiter von 170 Beschäftigten entlassen. Unter den Entlassenen befanden sich 40 Mitglieder der KPD. Aus Solidarität legten 27 Maschinenleger die Arbeit nieder.

Die in der City-Druckerei verbliebenen unorganisierten kommunistischen Streikbrecher beaufdeten ihren Arbeitswillen dadurch, daß sie beschloßen, 54 Stunden die Woche zu arbeiten, die Lieberstunden gratis.

Für die Rotationshilfsarbeiter wurden die Löhne von 71 auf 54 M. herabgesetzt, während die kommunistische „Welt am Abend“, der die Löhne noch zu hoch waren, auszog und in eine privatkapitalistische Druckerei überfiel.

In der kommunistischen „Fortschritt-Druckerei in Erfurt“ mußte die gesamte Belegschaft wegen groben Verstoßes gegen den Tarifvertrag aus dem Verbands ausgeschlossen werden.

Den Austrägern der „Roten Fahne“ wurde der Lohn von 64 auf 45 Pf. pro Exemplar und Monat gekürzt, den Austrägern der „Welt am Abend“ und „Berlin am Morgen“ von 84 auf 62 Pf., gleichzeitig wurden von 600 Austrägern 400 entlassen.

Das sind nur einige Stichproben. Wir empfehlen den Gewerkschaftsfunktionären, sich die kleine handliche Broschüre anzuschaffen, um den Vertretern der KPD. entsprechend durch die Tatsachen zu antworten. Im Anhang finden die Leser zum Teil einige eindrucksvolle Zahlen über das, was die Gewerkschaften geleistet haben.

Es ist Zeit, daß die Arbeiterklasse mit allen Spaltungsversuchen aufräumt und die Kampffront schließt gegen den drohenden Faschismus.

Gemeindelöhne kurzfristig verlängert.

Reichsfinanzminister besteht auf Lohnsturz.

Vom Gesamtverband wird uns mitgeteilt:

Am 29. April fand im Reichsfinanzministerium unter Vorsitz des Ministerialrats Dr. Schilling eine Konferenz der Vertreter der kommunalen Arbeiter und Straßenbahner und des Arbeitgeberverbandes statt, in der über die durch die Kündigung der Sparverträge entstandene Situation verhandelt wurde. Bekanntlich verlangt das Reichsfinanzministerium eine weitere Herabsetzung der Löhne auf Grund der zweiten Gehaltsstärkungsverordnung vom Juni 1931. Als Ergebnis einer Besprechung zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Reichsarbeitsminister wurden den Parteien die nachstehenden Richtlinien für die Durchführung dieser Maßnahme vorgelegt:

§ 7 Abs. 4 der zweiten Gehaltsstärkungsverordnung muß grundsätzlich durchgeführt werden, jedoch soll als eine der Notverordnung entsprechende Durchführung auch eine Regelung nach Maßgabe des folgenden gelten:

Einzelne Abweichungen von der Bestimmung des § 7 Abs. 4 der zweiten Gehaltsstärkungsverordnung über die Angleichung der Stundenlohnbezüge der Arbeiter der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts an die der Arbeiter im Reichsdienst einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost können zwischen den Tarifparteien mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen vereinbart werden.

Der Reichsminister der Finanzen wird seine Zustimmung erteilen: a) wenn die Abweichung lohnpolitisch und bedenkenlos erscheint und die finanzielle Auswirkung im ganzen nicht wesentlich vermindert oder b) wenn die Abweichung zur Vermeidung außergewöhnlicher Härtefälle notwendig erscheint. In diesem Falle ist die Härte in der Regel durch Gewährung einer persönlichen Zulage für die bereits im Dienst befindlichen Arbeiter zu beseitigen, die so zu bemessen ist, daß für die im Dienst befindlichen Arbeiter der gegenwärtige Stundenlohnbezug nicht mehr als 10 Proz. gesenkt wird.

Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte unter Zustimmung des Vertreters des Arbeitsministeriums, daß den Parteien die Gelegenheit gegeben werden müsse, über diese Richtlinien zu verhandeln. Es sei daher notwendig, die zur Zeit bestehenden Lohn-tarife angemessen zu verlängern.

Im Anschluß an diese Besprechung vereinbarten die Parteien: „Wie am 30. April 1932 geltenden Lohnregelungen laufen über den

30. April 1932 hinaus weiter und enden am 31. Mai 1932, ohne daß es einer Kündigung bedarf.“

Das Reichsfinanzministerium besteht also trotz der gewaltigen Lohnkürzungen in den Gemeindebetrieben auf weitere Lohnsenkungen, die es aber gnädig nicht über das Maß von 10 Proz. hinaus fordert. Der Reichsarbeitsminister hat seine Zustimmung zu diesem Vorgehen des Finanzministeriums erklärt.

Der Gesamtverband hat die Reichsfinanzkommissionen der Gemeindearbeiter und Straßenbahner für die nächste Woche nach Berlin einberufen, um zu dieser neuen Situation Stellung zu nehmen.

Noch keine Entscheidung im Buchdruckgewerbe

Löhnerhandlungen abgefragt.

Bis gestern Abend ist eine Entscheidung des Reichsarbeitsministers über die Manteltarife der Buchdrucker und graphischen Hilfsarbeiter noch nicht gefällt worden. Die für heute festgesetzten Lohnverhandlungen sind abgefragt worden. Die Bedingungen der Lohn- und Manteltarife bleiben also bis zu einer endgültigen Regelung in Gültigkeit.

Hoffnung auf Hitler.

Gastwirtsgehilfen wehren sich.

Wie stark die Erregung der Berliner Gastwirtsangestellten über die maßlosen Abbauforderungen ihrer Unternehmer ist, zeigte der überaus starke Beifall der öffentlichen Gastwirtsangestellten-Versammlung, die der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten zu gestern Abend nach den Germania-Hallen einberufen hatte. Die Versammlung war schon lange vor ihrem Beginn überfüllt, so daß eine Parallelsitzung abgehalten werden mußte.

In beiden Versammlungen wurde den Gastwirtsangestellten von den Bevollmächtigten Genossen Schneider und Haderstod zunächst der Ernst der politischen Lage und die Notwendigkeit des geschlossenen Zusammenstehens der gesamten kassenbewußten Arbeiterklasse gegen den Faschismus eindringlich klargemacht. Ueber die Abbauforderungen der gastwirtschaftlichen Unternehmer, besonders aber über ihre herausfordernden Verhalten bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß herrschte in den Versammlungen eine ungeheure Empörung. Die Organisationsvertreter betonten, daß die

Unternehmer höchstens nicht die Unverschämtheit befehlen hätten, solche unverschämten Abbauforderungen zu stellen, wenn die Berliner Gastwirtsangestellten organisatorisch eine Einheit bilden würden. Diese organisatorische Einheitsfront zu schaffen, muß angesichts der Konzentration aller reaktionären Kräfte zur Vernichtung der Arbeiterbewegung auch das nächstliegende Ziel der Angestellten des Gastwirtsgebietes sein.

Ein bezeichnendes Bild auf die gastwirtschaftlichen Unternehmer Berlins hat die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß gegeben. Hier trat ein Unternehmensvertreter den Ausdruck, die Gastwirtsangestellten mögen nur noch die Wahl des neuen Ministerpräsidenten in Brauchen abwarten, dann würden sie bald die „richtigen“ Söhne bekommen!

Die Vertreter der christlichen Splitterorganisation der Gastwirtsangestellten demühten sich dergestalt darum, das Bild der Geschlossenheit, das sich erstauferweichte in beiden Versammlungen zeigte, zu verzeichnen. Die Entscheidung des Schlichtungsausschusses im Tarifkonflikt der Berliner Gastwirtsangestellten fällt am nächsten Freitag.

Schwißlöhne der Vorkriegszeit.

Wie Stegerwald sein Versprechen hält.

Für die Herrrentenfunktion ist nach schwierigen Verhandlungen durch den Reichsarbeitsminister bestellter Schlichter ein Schiedsspruch gefällt worden. Er sieht folgendes vor: Der Reichstarifvertrag für die Herrrentenfunktion wird mit Wirkung vom 1. Mai 1932 wieder in Kraft gesetzt. Seine Grundlage der Zeitberechnung für Akkordarbeit bleibt wohl erhalten, aber die neu eintretenden Änderungen, denen sich die Gewerkschaften auf das entschiedenste widersetzen, bedeuten materiell gegenüber den bisherigen tariflichen Bestimmungen eine — prozentual schwer zu errechnende — empfindliche Lohnverschlechterung.

Der Schiedsspruch sieht eine Erklärungsfrist bis zum 7. Mai vor. Um keine tariflose Zeit eintreten zu lassen, wurde eine Verlängerung des bisherigen Tarifvertrages bis zum 15. Mai vereinbart. Der Schlichter hat sich zweifellos von den Vertretern des Arbeitgeberverbandes einreden lassen, daß diese neue tarifliche Regelung noch weit über der tatsächlich bestehenden Lohnhöhe liege. Wenn bei künftigen Tarifverhandlungen bei den Schlichtungsbehörden es Brauch werden sollte, die unter dem Druck der wirtschaftlichen Übermacht der Unternehmer erzwungenen Friedenslöhne zur Grundlage von Tariflöhnen zu machen, dann darf man sich noch auf allerhand gefaßt machen.

Wohl in keinem Industriezweig hat der Lohnsturz solchen Umfang angenommen, wie gerade in der Herrrentenfunktion. Das vor Jahrzehnten sprichwörtliche Elend der Konfektionsarbeiterschaft hat eine Wiederauferstehung erfahren. Der letzte große Konfektionsarbeiterstreik 1921 zwang den Arbeitgeberverband zum Abschluß eines Reichstarifvertrages auf der Grundlage eines Zeitlohns für Akkordarbeit. Über erst nach dreijährigem Ringen zwischen den Vertragsparteien kam es 1924 zum Abschluß des Reichstarifvertrages. Der Vertrag war noch nicht unterzeichnet, da setzte bereits der Sturm der Unternehmer gegen ihn ein. Ihr Kampziel war, die Grundlage der Zeitberechnung für Akkordarbeit zu beseitigen.

Jetzt ist ihnen in der Krise ein Helfer erschienen. Zu der letzten Zeit wurden vielfach Löhne gezahlt, die noch unter den Vorkriegselendslöhnen lagen. Und nicht genug damit: Die Unternehmer glaubten jetzt den Zeitpunkt für gekommen, mit dem Ablauf des von ihnen zum 30. April gekündigten Reichstarifvertrages das unter dem Druck der Not geschaffene Lohnelend tariflich zu stabilisieren. Sie fordern kurz und bündig Beilegung der bisherigen Vertragsgrundlage, Einführung von Friedenslöhnen für zwei statt bisher sechs Serien, wobei die zweite Serie auf den Lohnstand der Vorkriegszeit gekommen wäre, ferner Verschlechterung der Löhne für Zeitlohnarbeiter und Zuschneider, Kürzung des Urlaubsanspruches usw. Und all diese Forderungen wurden gestellt unter der Drohung, der Arbeitgeberverband werde sich, wenn man ihm nicht seinen Willen tue, auflösen und dadurch auch noch den Schlichtungsbehörden die Schaffung eines Zwangstarifs unmöglich machen.

Die Unternehmer fühlen sich.

Der Arbeitgeberverband für das Chemnitzer Baugewerbe hat seinen Mitgliedern bindende Anweisung gegeben, am 30. April alle Bauarbeiter zu entlassen. Als Entlassungsgrund soll der Ablauf des Lohnvertrages angegeben werden. Die Arbeiter sollen nur noch zu Lohnsätzen beschäftigt werden, die die Unternehmer für angewiesen und tragbar erachten. Wer am 2. Mai die Arbeit wieder aufnehmen wolle, müsse sich dem vom Unternehmer vorgelegenen Lohnsatz unterwerfen. Bei eventuel höherem Lohnsatz werde ein Ausgleich in Form einer Nachvergütung nicht gezahlt. Auch die Bandellegierten sollen entlassen werden. Nach Wiederaufnahme der Arbeit sollen Neuwahlen vorgenommen werden.

Weil Hitler spricht, er habe gesagt, glauben die Unternehmer, es wäre schon soweit. Man wird ihnen klar machen, daß wir einstweilen noch nicht im Dritten Reich sind.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin, Sonntag, 30. April, findet folgende Veranstaltung statt: Reichsfeier: 194 Uhr in der Aula der Schule Potsdamerstr. 41-43. Rede von Gen. — Die Müller treffen sich morgen, Sonntag, 10 Uhr, im Saal 9 des Gewerkschaftshauses, Engelsplatz 24-25. Die Fahrkarte ist am 11 Uhr im Saal 11.

Zuarbeitung des Zentralverbandes der Anaristen

Unter Einwirkung der Polizei von 20 bis 22 Uhr im Jugendheim Köpenicker Straße.



Nein, es bleibt bei OPEL!

Da weiß man, was man hat! Die Konstruktion ist erprobt, als zuverlässig anerkannt, und die Wagen haben sich seit Jahr und Tag zu tausenden praktisch bewährt. Kurz: Opelwagen sind eine sichere Geldanlage, und bei den neuen niedrigen Preisen könnte man es garnicht verantworten, etwas anderes zu kaufen.

OPEL erfahrungsgemäss überlegen!

ADAM OPEL A. G., RUSSELSHEIM AM MAIN

Die herabgesetzten Preise:
1,2 Ltr. 4 Zyl. ab RM 1890
1,8 Ltr. 6 Zyl. ab RM 2695
Preise ab Werk Rüsselsheim a.M.
Bequeme Zahlungsbedingungen
durch die Allgem. Finanzierungs-
Gesellschaft. — Günstige Kasko-
versicherung durch die Allgem.
Automobil-Versicherungs-A. G.
Machen Sie eine Probefahrt!